



Althaus: Keine Bildung vorgaukeln

BKU-Frühjahrstagung zum Schicksalsthema Bildung s. 5-11

Festlicher Empfang im Schloß

Fürst Löwenstein empfängt BKU-Mitglieder s. 19/34



Titelbild

Gruppenbild mit Fürst:
Die Teilnehmer einer Frankfurter
Mikrofinanztagung (S. 19) und die
Diözesanvorsitzenden des BKU zu
Gast in Schloss Kleinheubach (S. 34).



5 Alte Bekannte

Thüringens Ministerpräsident Dieter
Althaus und Philipp M. Laufenberg
(DG Köln) in Schmalleberg.



7 Schule-Wirtschaft

Die Referenten in Schmalleberg zeig-
ten zahlreiche Beispiele für gelungene
Kooperationen von Firmen und Schulen.



Grüne Seiten

Ein Vortrag von Papst Benedikt XVI.
aus dem Jahr 1985 über Marktwirt-
schaft und Ethik.

SCHICKSALSTHEMA BILDUNG

05 Den Schülern keine Bildung vorgaukeln

Ministerpräsident Althaus auf der BKU-Frühjahrstagung

08 Nagy: Bildung ist ein Wachstumsmarkt

Bildung muss als Dienstleistung verstanden werden

11 Dött für Elterngutscheine

Neues Modell zur Finanzierung der vorschulischen Bildung

INITIATIVEN UND IDEEN

15 Flexible Bezahlung statt BAT-Korsett

Projektgesellschaft p.i.a. sucht nach Alternativen

17 Virtuelle Personalabteilung

Das Internet-Portal Mittelstand und Familie

TAGUNGEN

19 Pax-Bank plant Mikrofinanz-Fonds

Internationale Konferenz in Frankfurt

20-22 Visionär, Macher, Schlitzohr

Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von BKU-Gründer Franz Greiss

FORUM

23 Lebensschutz muss von Anfang an gelten

Klon-Erfolge in Korea bedrohen wieder einmal die Menschenwürde

25 Mehr Geld für´s Mitmachen

Ein ifo-Modell zur Beschäftigung Arbeitsloser

MENSCHEN IM BKU

29 Seit fünf Jahren im „Unruhestand“

Zum 70. Geburtstag von BKU-Berater Prof. Dr. Lothar Roos

31 Fit für die Weltmeisterschaft

Die Firma Capaul von BKU-Mitglied Ludwig Henkes

GRÜNE SEITEN

Marktwirtschaft und Ethik

Papst Benedikt XVI. zur Verantwortung der Weltwirtschaft

LETZTE MELDUNG

DIHK-Präsident Braun kommt zur BKU-Frühjahrstagung 2006

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun (Bild), wird auf der nächsten BKU-Frühjahrstagung im sauerländischen Schmollenberg eines der Hauptreferate halten. Dieser „Coup“ ist dem Vorsitzenden der Diözesangruppe Köln, Philipp M. Laufenberg, gelungen. Die Frühjahrstagung findet voraussichtlich am vom 12. bis 13. Mai 2006 statt.



Foto: DIHK

Wagner wechselt von MISEREOR zum Verband der Diözesen

Ein alter Freund des BKU wird neuer Leiter der Geschäftsstelle des Verbandes der Diözesen Deutschlands in Bonn. Der 50jährige tritt die Nachfolge von Dr. Hans Wendtner an, der im Herbst in den Ruhestand tritt. Seit 1996 ist Wagner Geschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor in Aachen. In diesem Amt stand er in ständigem Austausch mit dem BKU-Arbeitskreis Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit in Fragen der Entwicklungshilfe.

Im Verband der Diözesen Deutschlands haben sich die deutschen Bistümer zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. Er nimmt die überdiözesanen Aktivitäten der Deutschen Bischofskonferenz in rechtlicher und finanzieller Hinsicht wahr. Der Haushalt des VDD beläuft sich in diesem Jahr auf rund 150 Millionen Euro. Geschäftsführer des VDD ist der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Dr. Hans Langendörfer SJ.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen für das Seminar „Mit Werten führen“ und des Hilfswerkes „Renovabis“ bei.



Mut zur Ehrlichkeit

In seiner großen „Vorfahrt für Arbeit“-Rede hat Bundespräsident Horst Köhler gemahnt, es dürfe kein weiteres Jahr des Stillstandes in Deutschland geben. Nach dem Votum der Wähler in Nordrhein-Westfalen und der Ankündigung von Vertrauensfrage und Neuwahlen sind wir zur Hoffnung berechtigt, dass uns tatsächlich ein weiteres Jahr des Stillstandes erspart bleibt. Damit nach den sich abzeichnenden Neuwahlen aber wirklich ein „Ruck“ durch unser Land geht, brauchen wir bereits im Wahlkampf den Mut zur Ehrlichkeit. Ansonsten gerät jede neue Regierung leicht in die Gefahr, ihr Vertauen ebenso zu verspielen, wie dies die jetzige Regierung getan hat.

Wir brauchen endlich eine große Steuerreform. Diese muss mehr Einfachheit, Klarheit und Transparenz in unser Steuersystem bringen, – gerade den kleineren Mittelständlern würde dies das Leben schon einiges leichter machen. Für eine Senkung der Steuersätze sollte die Bemessungsgrundlage verbreitert werden, – Eigenheimzulage, Pendlerpauschale und andere Subventionen können dann ersatzlos gestrichen werden. Die Effizienz des ganzen Systems würde dadurch gesteigert und wenn dies wirklich durchgreifend geschieht, verliert die Frage der Nettoentlastung an Gewicht. Eine Nettoentlastung wünschen wir uns alle, diese aber fest zu versprechen, wäre unredlich.

Die Senkung der Lohnnebenkosten durch weitere Reformen unserer Sozialen Sicherungssysteme ist ebenso dringend. Das verlangt Opfer von allen. Die Älteren werden bis auf weiteres auf Rentenerhöhungen verzichten müssen, die Jüngeren werden einen steigenden Anteil ihres Einkommens für die private Vorsorge zurücklegen müssen und alle Erwerbstätigen werden länger arbeiten müssen: länger in der Woche, länger im Jahr, länger im Leben. Wenn diese Sozialreformen eine echte Reduzierung der Beitragssätze bringen und nicht bloße Ankündigungen bleiben, wie bei der letzten Gesundheitsreform, dann – aber auch nur dann – kommt eine Mehrwertsteuererhöhung in Frage. Diese völlig auszuschließen, wäre unredlich.

Lassen Sie uns in den kommenden Monaten einen Beitrag dazu leisten, dass die öffentliche Debatte mit Wahrhaftigkeit geführt wird, denn auch in der Politik gilt: Ehrlich währt am längsten.

Marie-Luise Dött, MdB

21. bis 23. Oktober 2005: BKU-Bundestagung in Ingolstadt

Unternehmergeist für die Bürgergesellschaft

Unter dem Thema „Unternehmergeist für die Bürgergesellschaft“ findet vom 21. bis 23. Oktober die diesjährige BKU-Bundestagung in Ingolstadt statt. Während andernorts über „Heuschrecken“ diskutiert wird, werden die Referenten der Tagung Beispiele und Konzepte für unternehmerisches Engagement vorstellen. Das Rahmenprogramm verbindet High-tech und Geschichte: Nach einem Besuch in der Autoproduktion der Audi AG stehen am zweiten Tag thematische Stadtführungen im barocken Eichstätt auf der Tagesordnung.

Tagungsprogramm:

Freitag, 21. Oktober 2005

14.15 Uhr Eröffnung: Unternehmergeist für die Bürgergesellschaft: Der Bayerische Weg, Joachim Herrmann, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

15.00 Uhr Corporate Citizenship: Das Konzept

Prof. Dr. André Habisch, Katholische Universität Eichstätt Wissenschaftlicher Berater des BKU

16.15 Uhr Corporate Citizenship: Ein Beispiel aus der Praxis Peter Walter, Geschäftsführer beta healthcare GmbH & Co KG, Augsburg

16.45 Uhr Unternehmergeist in der Nachkriegszeit, Ein Zeitzeuge berichtet aus der Gründungsphase des BKU Dr. Herrmann Herder Seniorchef des Herder-Verlages, Freiburg

17.15 Uhr Unternehmerische Verantwortung für die Arbeitsplätze: Das Abkommen zur Beschäftigungssicherung bei der Audi AG, Dr. Werner Widuckel, Leiter Personalpolitik und Grundsatzfragen der Audi AG in Ingolstadt

Abends: Werksbesichtigung im Audi-Automobilwerk

Samstag, 22. Oktober 2005

8.30 Uhr heilige Messe

9.30 Uhr Erfolgsfaktor Werte: Manager-Tugenden als Leadership-Values; Forschungsergebnisse einer aktuellen Wertestudie, Jörg Schönborn, Deep White Unternehmensberatung, Bonn

10.30 Uhr Unternehmergeist braucht Rahmenbedingungen: Standortvorteil Innere Sicherheit Dr. Günther Beckstein, Bayerischer Staatsminister des Innern

11.45 Uhr Neue Konjunktur für moralische

Werte: Individual- und sozioethische Orientierungen für Unternehmer, Prof. DDR. Wolfgang Ockenfels, Universität Trier, Geistlicher Berater des BKU

Nachmittag: Exkursion nach Eichstätt

Sonntag, 23. Oktober 2005

10.00 Uhr Pontifikalamt im Liebfrauenmünster Ingolstadt mit Walter Mixa, Bischof von Eichstätt

Tagungseinladungen und weitere Informationen in der BKU-Geschäftsstelle in Köln, Tel. 0221/27237-0 oder unter www.bku.de.



Anzeige

PECUNIA ET PAX

 Pax-Bank
seit 1917 Bank für Kirche und Caritas



KONTINUIERLICH

STARKER PARTNER FÜR IHRE WERTE

Sie suchen einen starken Finanzpartner? Sie wünschen sich eine Bank, die sich durch langfristige Kundenbeziehungen und persönliche Beratung auszeichnet? Sie möchten von international ausgezeichneten Produkten profitieren? Sie sind an ethisch orientierten Anla-

gemöglichkeiten interessiert? Dann sind Sie bei uns richtig! Wir bieten unseren Kunden umfassende Leistungen, die speziell auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Rufen Sie uns an! Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

Den Schülern keine Bildung „vorgaukeln“

Ministerpräsident Althaus auf der BKU-Frühjahrstagung in Schmallebenberg

Eine Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist, dass in den Schulen zu wenig Leistung verlangt wird, meint der Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus. Folglich könne die Schule auch zur Lösung dieser Probleme beitragen - wenn dort die Leistungsfähigkeit wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt werde, sagte er auf der BKU-Frühjahrstagung im sauerländischen Schmallebenberg.

Von Peter Unterberg

„Das heißt auch, Auslese zu betreiben,“ zeigte sich Althaus überzeugt: „Ein Land, das keine Auslese betreibt, kann keine Spitzenleistung organisieren. Ein Land, das keine Spitzenleistung organisieren kann, wird auf Dauer auch die Potenziale für ökonomische Leistungsfähigkeit verlieren.“

Der Politiker zeigte sich überzeugt davon, dass die Schulen stärker ausdifferenziert werden müssen. Dies betreffe auch eine klare Diffe-



Alte Bekannte begegnen sich in Schmallebenberg: Ministerpräsident Dieter Althaus (links) und der Vorsitzende der Diözesangruppe Köln, Philipp M. Laufenberg.

Foto: Peter Unterberg

renzung bei Übergängen, etwa nach der Grundschule. Hier fordert er eine Orientierung an klaren Standards - und zur Not auch Entscheidungen gegen den Elternwille. Auch dieser, so forderte er, müsse sich an der Leistungsfähigkeit orientieren. Sonst komme es zu Frustration und Fehlleistungen. Zudem sei es falsch, Bildungsabschlüsse ohne Leis-

tung zu vergeben und so Bildung „vorzugaukeln“. Dies führe dazu, dass die Leistungsbereitschaft auch im späteren Berufsleben fehle.

Ein gewisses Verständnis äußerte Althaus für die Verfechter der Gesamtschulen, die er nicht nur in der Politik ausmacht: Diese Schulform entspreche einem tiefen menschlichen Bedürfnis nach

Gleichheit und dem Wunsch, behütet zu sein. Eine Schule, die erfolgreich auf den Beruf vorbereitet, sieht für ihn indes anders aus.

Lehrstoff entschlacken

Derzeit gebe es nur eine Alternative: Entweder, die öffentlichen Schulen in Deutschland blieben in Sachen Leistung so nachsichtig wie bisher. Dann werde auch künftig Produktion und Entwicklung aus Deutschland abwandern. Oder die Schulen stellten wieder klare Leistungsanforderungen und entschlackten den Unterrichtsstoff. Die Schule könne den Schülern nicht das ständig zunehmende Wissen der Menschheit vermitteln. Sie müsse aber ein solides Grundwissen sowie die Fähigkeit zum Denken, Lernen und Arbeiten vermitteln. Dazu gehöre etwa das Auswendiglernen und das Kopfrechnen: „Dabei geht es nicht um Schillers Glocke oder die Quadratzahlen bis 15, sondern „um den Kopf und darum, das Denken zu lernen,“ betonte Althaus. ■

EDV-Kompetenz braucht mehr als Internetzugang

Stephan Wilczek macht Lehrer fit für den Informatikunterricht

Stephan Wilczek bietet in seinem Software-Unternehmen IMEDIC in Esslingen bei Stuttgart auf eigene Kosten Computerkurse für Lehrer an.

Wilczek gewann als Schüler den Bundeswettbewerb Informatik - nicht zuletzt, weil ein engagierter Lehrer ihn damals bei der Teilnahme unterstützt hat. Aus Dankbarkeit kümmert er sich heute um die Weiterbildung von Lehrern im Informatikbereich. Und er unterstützt Schüler, die an In-

formatikwettbewerben teilnehmen. „In der Informationstechnologie gibt es Grundlagen, die man sich im Kampf mit dem Rechner hart erarbeiten muss. Informatikkompetenz braucht mehr als einen Internetrechner mit Office-Paket an der Schule“, betont er. Wilczek hat bei der Entwicklung seines Projektes viel gelernt: So staunt er immer wieder über das hohe Niveau der Schüler, die sich mit Computern beschäftigen. Diese Computerkids erwarten von ihren



Computerfachmann: Stephan Wilczek

Lehrern nicht, dass auch sie zu „Cracks“ werden - wohl aber

ein Verständnis für die EDV. Komplimente macht er seinem Schulamte, das das Projekt nach Kräften unterstützt und die Lehrerfortbildung bei IMEDIC sogar formal anerkennt. Und an die Mitglieder des BKU appelliert er: „Sie sind Unternehmer, unternehmen Sie etwas. In jeder Firma gibt es Ideen, die man für Schüler spannend aufarbeiten kann!“ ■

Infos unter: www.imedic.de oder www.schule-und-informatik.de

Siegers: Lernen macht Mühe und Freude

Die BKU-Frühjahrstagung in Schmallenberg – Unternehmer können helfen

Unter dem Motto „Bildung braucht Unternehmergeist“ stand die diesjährige Frühjahrstagung der rheinischen BKU-Gruppen im sauerländischen Schmallenberg.

von Peter Unterberg

Zur Begrüßung der rund 70 Teilnehmer erinnerte Wilhelm Vockel vom Vorstand der Diözesangruppe Paderborn daran, dass die Unternehmen von und in der Gesellschaft leben. Zugleich aber sei die Gesellschaft auf eine florierende Wirtschaft angewiesen. Umso unverständlicher sei es, dass wieder einmal die Macht der Wirtschaft mit verstaubtem Vokabular aus der Zeit des Klassenkampfes kritisiert werde, sagte er unter Anspielung auf die Kapitalismus-Vorwürfe von SPD-Chef Franz Müntefering.

Der scheidende Vorsitzende des BKU-Arbeitskreises Bildungsfinanzierung, Dr. Josef Siegers, kündigte an, er müsse eigentlich „das Hohe Lied der Bildung singen“. Realistischer sei es jedoch, auf die Diskrepanz zwischen der hymnischen Beschreibung der Bildung in Sonntagsreden und dem desolaten Zustand des Bildungssystems hinzuweisen. „Lernen macht Mühe und



Stabwechsel: In Schmallenberg übergab Dr. Josef Siegers (links) die Leitung des BKU-Arbeitskreises „Bildung“ an Jörg Feuchthoven (rechts). Die BKU-Vorsitzende, Marie-Luise Dött, MdB, freut sich über den nahtlosen Übergang.

Fotos: Peter Unterberg

Freude“, stellte er klar. „Dieser Aspekt wird vielfach bekämpft.“

Schulduzuweisungen

Siegers kritisierte die „deutsche Unsitte“, dass sich Politik, Wirtschaft, Schulen und Universitäten gegenseitig die Schuld für die Bildungsmisere geben. Ursache hierfür sei der Kulturföderalismus: „16 Kultusministerien versuchen, das Rad ständig neu zu erfinden und dies dann den Bürgern aufzuzwingen.“ Viel Zeit und Geld werde für die Umsetzung von Modellen verschwendet, die dann doch wieder revidiert würden.

Doch Siegers beließ es nicht beim Klagen, sondern zeigte vier Möglichkeiten speziell für Unternehmer, um die Bildungssituation zu verbessern. Unternehmer könnten

- junge Menschen ermuntern, ihren Weg zu gehen;
- in den Gremien mitarbeiten, die sich um die Aus- und Weiterbildung kümmern;
- im eigenen Betrieb die Bildungsarbeit forcieren;
- Gelder für Bildungseinrichtungen spenden.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde anhand zahlreicher Beispiele illustriert, wie weit sich Unternehmer und Unternehmensverbände bereits engagieren. Dazu gehörten die Aktivitäten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im Bereich Schule-Wirtschaft und regionale Initiativen, die wirtschaftliches Wissen und Berufsorientierung mit Hilfe von Unternehmen in die Wirtschaft vermitteln.



Zur Tradition der Frühjahrstagungen gehört auch die abschließende Wanderung auf dem Rothaarsteig mit dem Vorsitzenden der Diözesangruppe Köln, Philipp M. Laufenberg.

Schnittstelle zwischen Unternehmen und Schulen

Prof. Vollmer hat an der Universität Düsseldorf 300 Partnerschaften vermittelt

Der geschäftsführende Gesellschafter Prof. Dr. Günter Vollmer stellte das Institut Schule&Unternehmen und dessen Aktivitäten vor.

Seit zehn Jahren hat sich das Institut darauf spezialisiert, Schulen und Unternehmen miteinander in Kontakt zu bringen. Was Vollmer, der von Hause aus Professor für Chemie



Prof. Vollmer

an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf ist, im Bereich seines Fachgebietes Chemie begann, zieht heute bereits weite Kreise.

Mit Erfahrungen aus mehr als 300 Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen werden Firmen im Hinblick auf ihre Schulinitiativen und Kooperationskonzepte beraten und im Auftrag von

Kammern, Kommunen, Wirtschaftsförderern, Arbeitgebern oder Stiftungen Kooperationsnetze im Schule-Wirtschaftsbereich aufgebaut.

Ein Beispiel dieser professionellen Kooperationen ist ein Materialpaket zum Thema Arbeit und Gesundheit mit Bausteinen aus Unterrichtsskizzen und Impulsblättern.

www.unternehmen.schule.de

Leistung und Wettbewerb auch in der Schule

Gerrit Witschaß beschreibt Aktivitäten und Forderungen des Netzwerkes Schule - Wirtschaft

Zwischen Unternehmen und Schulen gibt es inzwischen zahlreiche Kooperationen. In Schmallenberg wurden einige Projekte beispielhaft vorgestellt.

von Martin J. Wilde

Die Geschäftsführerin des von den Arbeitgeberverbänden initiierten Netzwerkes Schule-Wirtschaft, Gerrit Witschaß, gab einen Überblick über die Vielfalt der Ideen und Projekte. Motiv des Engagements der Wirtschaft sei es, die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger sowie die Berufsfähigkeit der Auszubildenden und der Hochschulabsolventen zu verbessern. Dafür müssten Leistung, Wettbewerb, Profilbildung und Qualität auch im Bildungsbereich zur Geltung gelten. „Wir setzen auf leistungsfähige Schulen, die im Wettbewerb untereinander Profil bilden und kontinuierlich ihre Qualität überprüfen und verbessern“, sagte sie.

Autonomie für Schulen

Voraussetzung dafür sei die Selbstständigkeit der Bildungseinrichtungen in Finanz-, Verwaltungs- und Personalfragen ebenso wie eine stärker



Bildungspartner: Die Vorsitzende der DG Düsseldorf, Maria Fischer (v.li.) moderierte die Diskussion zwischen dem Unternehmer Stephan Wilczek, Elisabeth Schulte (BKU-Mitglied und Unternehmerverbandsgruppe Ruhr-Niederrhein), BKU-Mitglied Dr. Ing Christoph Diekmann und Prof. Dr. Günter Vollmer (Universität Düsseldorf). Gerrit Witschaß (kleines Bild) stellte die Aktivitäten der Arbeitgeber auf Bundesebene vor.

Fotos: Peter Unterberg

leistungsorientierte Bezahlung der Lehrer. „Neue Bedeutung gewinnt in der selbstständigen Schule die Schulleitung als Entscheidungsträgerin und Dienstvorgesetzte. Schulleitung wird ein eigenständiger Beruf. Die Hauptaufgaben umfassen die Mitarbeiterführung und die Qualitätsentwicklung. Hier können Unternehmer mit Ihren Führungserfahrungen den Schulleitern helfen, entsprechende Qualifikationsangebote in Schulmanagement und Personalent-

wicklung zu entwickeln.

„In unserem Netzwerk mit 450 regionalen Arbeitskreisen

begegnen sich Schulleiter und Unternehmer sowie Lehrkräfte und Ausbilder auf gleicher Augenhöhe. Wir bauen nicht nur auf einen intensiven Erfahrungsaustausch, sondern erarbeiten gemeinsam pädagogische Konzepte, die den Schulen langfristig bei der Berufswahlvorbereitung ihrer Schüler helfen sollen,“ so Witschaß weiter.

Die Vermittlung wirtschaftlicher Grundkenntnisse sehen die Arbeitgeber nicht als Vorgriff auf ein Wirtschaftsstudium, sondern als Teil einer umfassenden Allgemeinbildung. „Berufsorientierung und ökonomische Bildung sind Themen, die nicht nur theoretisch abgehandelt werden dürfen, sondern in Praktika, Betriebserkundungen und Expertengesprächen konkret erlebbar werden müssen.“ ■



Mathematik anschaulich

BKU-Mitglied Dr. Ing Christoph Diekmann beteiligt sich mit seinem Oberhausener Ingenieurbüro am Projekt Schule-Wirtschaft.

„Ich habe zwei schulpflichtige Töchter. Das war meine Motivation für die Teilnahme“, berichtet er. Der Bauingenieur

zeigt Schülern anschaulich, wofür sie die trigonometrischen Kenntnisse aus dem Mathematikunterricht nutzen können. Er lässt sie die Wohnflächen von Dachgeschosswohnungen berechnen und fragt, wie viel Erde beim Ausheben einer Baugrube anfällt.

Partnervermittlung und Schlichtungsstelle

BKU-Mitglied Elisabeth Schulte koordiniert den Arbeitskreis Schule/Wirtschaft

BKU-Mitglied Elisabeth Schulte betreut im Unternehmerverband Ruhr-Niederrhein in Duisburg den Arbeitskreis Schule/Wirtschaft.

In diesem Projekt koordiniert ein Lenkungsausschuss mittlerweile einen Pool von 60 Unternehmen und 27 Schulen. Dieser stellt die richtigen Part-

ner zusammen und geht Beschwerden nach, wenn es zu Konflikten kommt. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Partnern besteht aus Betriebserkundungen, Lehrpraktika und Schulprojekten bis hin zur Gründung fiktiver Schülerfirmen. In diesem Rahmen lernen die Jugendlichen Betriebe kennen und bekommen Orientierungshil-

fen für die Berufswahl. In Schülerfirmen erarbeiten sie ihre eigenen Businesspläne und stellen diese dann Praktikern aus der Wirtschaft vor.

Bis zum Juli 2004 konnten so bereits 54 Klassen mit 1500 Schülern Praxisluft schnuppern und ihr Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge verbessern. Die zentrale Führung in der Koordinierungs-

stelle sorgt dafür, dass die Qualität der Veranstaltungen ständig verbessert wird und immer mehr fertige Module vorliegen. ■

Information: Elisabeth Schulte, Geschäftsführerin der USB Unternehmerverband Soziale Dienstleistungen + Bildung e.V. E-Mail: schulte@uvgruppe.de, Internet: www.uvgruppe.de.

Nagy: Bildung ist ein Wachstumsmarkt

Bildung muss als Dienstleistung verstanden werden, dessen Qualität durch Wettbewerb steigt

Der Vorstandsvorsitzende des privaten Bildungsträgers SRH-LearnLife AG in Heidelberg, Prof. Dr. Michael Nagy, befürchtet, dass Deutschland den Wachstumsmarkt Bildung ver-schläft. Nur wenn man mit dem Tabu breche, dass man an Bildung nicht verdienen dürfe, werde sich dringend benötigtes Privatkapital für diesen Sektor mobilisieren lassen.

von Martin J. Wilde

„Bildung stellt allen Branchen ihren wichtigsten Rohstoff - nämlich Qualifikation und Kompetenz - zur Verfügung. Sie ist selbst eine der wichtigsten Wachstumsbranchen, wird durch die internationalen GATS-Abkommen zu freiem Handel ein Exportschlager und verhilft so Volkswirtschaften zu Wachstum und Prosperität.“ Mit dieser programmatischen Feststellung begann Nagy (kleines Bild) seinen Vortrag und belegte sie mit Fakten: 1,9 Billionen US-Dollar werden weltweit jährlich mit Bildung umgesetzt, mindestens 300 Milliarden \$ davon von Privatunternehmen. Die OECD-Staaten erzielten allein im Handel mit Hochschulbildung 35 Milliarden \$ pro Jahr. Das sind mehr als drei Prozent der Leistungsbilanz.



Außenhandelsdefizit in der Bildung

So verdienten die USA an ausländischen Studenten 2004 13,6 Milliarden \$. Der Export von Bildung ist in der USA-



Engagierte Diskussionen lösten die Vorträge in Schmallenberg aus. Hier hat BKU-Mitglied Norbort Gödde (stehend) das Wort. Fotos: Peter Unterberg

Außenhandelsstatistik inzwischen der drittgrößte Faktor, in Australien sogar der größte.

Dieser Analyse stellte Nagy die Situation in Deutschland gegenüber: „40.000 Deutsche studieren in den USA zu Studiengebühren von insgesamt 600 Millionen \$ pro Jahr. Die High Potentials bleiben nach dem Studium gewöhnlich dort. Gleichzeitig drängen ausländische Hochschulen auf den deutschen Markt.“ Der deutsche Exportumsatz (ausländische Bildungskunden in Deutschland, Deutsche Bildung im Ausland) liege unter 400 Millionen Euro, der deutsche Einkauf von Bildung im Ausland dagegen bei über 2,5 Milliarden Euro. Die Bildungswirtschaft erziele somit ein hohes Exportdefizit.

Staat ist der Bildung nicht gewachsen

Nagy kritisierte, dass sich der Staat in Deutschland als der Bildungsanbieter verstehe - ohne dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Der schlechte Zustand der Schulen, die schlechte Noten in internationalen Vergleichen (PISA-Studie) sowie die Unzufriedenheit vieler Unternehmen mit der Qualität von Schulabgängern belegten dies eindeutig. „In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Schicht der

Eltern so stark den Bildungserfolg. Alle Bildungsexperimente, die aus einer vorgeblich sozialen Gesinnung das Gegenteil zum Ziel hatten, können wir heute als gescheitert bezeichnen.“ Auch habe Deutschland keine Hochschulnoten von Weltmaßstab mehr.

Mangel an privatem Kapital

Private Träger dagegen seien extremen Regulierungen unterworfen, die häufig für staatliche und ausländische Anbieter so nicht gelten. „Die Titel Ersatz- und Ergänzungsschulen zeigen ein Verständnis vom Staats-Bildungs-Monopol, das höchstens Ausnahmen zulässt“. Private Hoch- und Fachschulen seien nur staatlich förderbar, wenn sie gemeinnützig sind, so dass Gewinne nicht ausgeschüttet werden dürfen. Das Ergebnis Bildungsdienstleistungen sind in Deutschland als privates Anlagegut uninteressant und deshalb unterfinanziert.

Bildung muss als Dienstleistung verstanden werden, deren Qualität durch Wettbewerb steigt - dieses ordnungspolitische Credo gilt es nach Ansicht Nagys konsequent umzusetzen. „In Deutschland muss wie in anderen Industriestaaten längst üblich - ein Wettbewerb verschiedener Bildungs-

systeme und -Anbieter entstehen, in dem private Unternehmer die gleichen Chancen haben wie öffentliche. Daher ist für einen offenen Wettbewerb privater und staatlicher Anbieter zu sorgen“, forderte Nagy. Dazu gehörten Chancen, mit Bildung Geld zu verdienen und somit privates Kapital für Bildungsunternehmen zu akquirieren, gleiche Genehmigungswege für staatliche wie für private Anbieter und gleiche Zugangschancen zu staatlichen (Mit-) Finanzierungen. Nagy forderte aufwandsgerechte Studiengebühren an staatlichen und privaten Hochschulen und Fachschulen (Kein Angebot unter Gestehtungskosten!), bei gleichzeitigen umfassenden Kredit- und Stipendiensystemen für Begabte.

Ein Pakt für „Wachstum durch Bildung“

Nagy forderte einen nationalen Pakt „Wachstum durch Bildung“. Kern dieses Paktes müsse es sein, dass Unternehmertum in der Bildung gefördert statt verhindert wird. Solange Bildung aber nicht als strategische Branche wahrgenommen und Beamten und Politikern für immer neue Experimente überlassen werde, solange werde es in Deutschland nicht aufwärts gehen. ■

„Heuschrecken“ engagieren sich für die Bildung

BKU und KAS stellen Beispiele für Unternehmerisches Engagement in Schulen vor

Unter dem Motto „Bildung braucht Unternehmergeist“ stellten der BKU und die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Berlin Beispiele für unternehmerisches Engagement in der Bildung vor.

von Peter Unterberg

Während Unternehmer neuerdings als „Heuschrecken“ diffamiert würden, hätten viele Betriebe damit begonnen, sich im Bildungsbereich verantwortlich zu engagieren, sagte der KAS-Vorsitzende Prof. Dr. Bernhard Vogel zur Einführung. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus würdigte diese Partnerschaften als wichtige Vehikel des

Know-How-Transfers, die zudem dazu beitragen könnten, die derzeitige Neid-Debatte zu entschärfen.

Für den Wissenschaftlichen Berater des BKU, Prof. Dr. André Habisch, ist die Bildungspolitik eine zentrale Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik. „Gut ausgebildetes Personal ist ein entscheidender Wettbewerbsvorteil“, betonte er. Zudem sei eine gute Bildungspolitik die beste zukunftsgerichtete Sozialpolitik, weil sie Armut und Integrationsprobleme bekämpfen könne. Folglich seien viele Mittelständler bereit, sich auf diesem Gebiet noch weit stärker als bisher zu engagieren.



Bildungsideen: Die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött, MdB (v.li.), BKU-Berater Prof. Dr. André Habisch, Ministerpräsident Dieter Althaus und KAS - Vorstand Prof. Dr. Bernhard Vogel.

Die BKU-Vorsitzende, Marie-Luise Dött, MdB, kritisierte, dass angesichts der Bedeutung von Bildung der Begriff „Humankapital“ zum Unwort des Jahres gewählt wurde: „Humankapital ist das Wissen, das

jeder Mensch in sich hat und bei einem Firmenwechsel auch mitnimmt“, stellte sie klar. Um dieses zu verbessern, könne die Wirtschaft wichtige Beiträge leisten. „Wir Unternehmer sind dazu bereit!“

Nagy bietet Bildungsbausteine

Als „Bildungsunternehmer“ möchte der Vorstandsvorsitzende der SRH-Learnlife, Prof. Dr. Michael Nagy, 10 000 arbeitslose Jugendliche mit einer Lehrstelle versorgen. Dazu hat er Bildungsbausteine entwickelt, mit denen die Jugendlichen den Stoff des ersten Ausbildungsjahres nachholen können. Gleichzeitig nutzt Nagy seine Unternehmenskontakte, um Betriebe zu finden, die diese Jugendlichen dann gleich im zweiten Lehrjahr übernehmen. www.srh.de



Bildungshelfer: Prof. Dr. Michael Nagy von der SRH-Learnlife und Silke Ramelow vom Verein Bildungscnt.

Fotos: Peter Unterberg

Ramelow vermittelt Schulcoaches

Den Einsatz von gesponserten „Schulcoaches“ vermittelt Silke Ramelow vom Verein Bildungscnt. Diese Berater werden projektbezogen in Schulen eingesetzt, um etwa den Aufbau einer Über-Mittag-Betreuung zu koordinieren, Ernährungsberatung anzubieten oder Programme zur Qualitätssicherung aufzubauen. Unterstützt wird die Aktion vom Schreibwarenhersteller Herlitz, der in seinen Schulheften auch darüber berichtet. www.bildungscnt.de

Internet-Plattform für Berufswahl

BKU-Mitglied Martin Weiss, Geschäftsführender Gesellschafter der ConActivity KG in Frankfurt hat eine Plattform für Schüler und Studenten entwickelt, die Ausbildungs- und Praktikantenstellen sowie Arbeitsplätze anbietet. Als Vorbereitung auf den möglichen Arbeitsplatz sollen Mentoren aus Unternehmen die Suchenden im „Live Chat“

begleiten und nach Möglichkeit auch Stellen bereitstellen.

„Jungen Menschen eine Hilfestellung zu geben, gehört zu den besonders dankbaren Aufgaben. Ganz bestimmt führt diese Plattform dazu, qualifizierten Nachwuchskräften eine Chance zu geben“, erläuterte Weiss im BKU-Vorstand, der diese Initiative unterstützt. www.bringme.de

Katholische Schulen und BKU

Die bildungspolitischen Aktivitäten des BKU sind bei den katholischen Schulen auf Resonanz gestoßen. Der Arbeitskreis Katholische Schulen der Deutschen Bischofskonferenz diskutierte jetzt mit BKU-Geschäftsführer Martin J. Wilde mögliche Kooperationen. Im Mittelpunkt stand dabei nicht die Frage nach Spendengeldern, sondern wie

Unternehmer und Mitarbeiter ihre Kernkompetenzen einbringen können: Von der Beratung des Schulleiters in Fragen der Personalentwicklung über Wirtschaftskunde bis zur Unterstützung der Schüler bei der Berufswahl. Einig war man sich dabei, dass konkrete Kooperationen nur vor Ort zwischen einzelnen Unternehmen und Schulen sinnvoll sind.

Marx: Bildung nicht funktionalisieren

Beim Berliner Forum Schicksalsthema Bildung fordert der Bischof „Sabbaträume“

Beim zweiten „Berliner Forum: Schicksalsthema Bildung“ von BKU, Katholischer Elternschaft Deutschlands (KED), Katholischer Erziehergemeinschaft (KEG) und Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) nahm Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx in einem Grundsatzreferat zur Bildungspolitik Stellung.



Für selbstbestimmtes Lernen: Bischof Marx.

Foto KAS

von Martin J. Wilde

„Ein qualifizierter Wissenserwerb in Schule und Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung, um das Arbeitsleben gut zu bewältigen. (...) Bei aller Wichtigkeit und Bedeutsamkeit ökonomischer Aspekte der Bildungsfrage, greift diese Sicht dennoch zu kurz.“ Mit dieser Aussage beschrieb Marx, der Vorsitzender der Kommission für soziale und gesellschaftliche Fragen der

Deutschen Bischofskonferenz ist, den Spannungsbogen von Ethik und Ökonomie. Er warnte davor, das „reduzierte und einseitige Menschenbild des homo oeconomicus“ absolut zu setzen.

Auch „Unnützes“ nützt

Bildung funktioniert nach Ansicht Marx' nicht nach dem Modell des „Nürnberger Trichters“: was oben reinkommt, kommt auch unten

wieder raus. Der Trierer Bischof verwies auf das biblische Gebot der Sabbat-Ruhe und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass der Sonntag „in dieser scheinbar so unnützen Funktion hat eine hohe Nützlichkeit“ habe. „Die scheinbar unnützen Bildungsinhalte - vor allem im geisteswissenschaftlichen und kulturellen Bereich, aber auch die Religion, die sich einer Funktionalisierung widersetzt, sind letztlich langfristig sehr nüt-

lich. Solche Sabbaträume und Sabbatzeiten brauchen wir für soziales Lernen, für Persönlichkeitsbildung und für Wertevermittlung. Sie nützen langfristig auch dem Beschäftigungssystem. Aber sie nützen vor allem dem Leben.“

Bildungszeiten

Marx betonte die Notwendigkeit lebenslangen Lernens und lebenslanger Bildung. Analog zu den Erziehungszeiten regte er an, über die Schaffung einer auch rechtlich garantierten Bildungszeit nachdenken, „damit Menschen während des gesamten Lebens selbstbestimmt ihren Bildungsinteressen nachgehen können, die langfristig der Wirtschaft und der Qualität ihrer Arbeit dienen.“

Das Manuskript von Marx' Rede finden Sie unter www.bku.de unter Aktuelles.

Nein zum Wertemonopol

Katholische Verbände für Religionsunterricht

Mit einer Stellungnahme haben sich der BKU und drei befreundete Verbände gegen die Pläne von SPD und PDS gewandt, in Berlin ein Pflichtfach „Werte, Kultur und Religion“ einzuführen.

Mit dem verpflichtenden Wertefach ohne Abmeldemöglichkeit zum Religionsunterricht maß sich der Staat an, zu bestimmen, nach welchen Werten gelebt werden soll, kritisieren BKU, KKV, der Elternverband KED und der Erzieherverband KEG. Die Verbände sehen dies als Teil eines „immer dreisteren Kulturkampfes gegen die Kirchen“.

Nach einem Aufruf des Berliner Erzbischofs Georg Kardinal Sterzinsky und des

evangelischen Bischofs Dr. Wolfgang Huber protestierten unterdessen rund 5 000 Eltern, Lehrer und Schüler für das Wahlrecht auf den ordentlichen Religionsunterricht und überreichten hierzu 30 000 Unterschriften.

Die Aktion, die – im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus – bewusst doppeldeutig unter dem Motto „Wir wählen gern“ steht, wird ausdrücklich von der Berliner Diözesangruppe des BKU unterstützt. Für den Diözesanvorsitzenden Norbert Jöris sind die Pläne des Senats „der Versuch, die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit auf kaltem Wege auszuhebeln“.

Gegen „vererbte Armut“

Kirchen planen Papier zur Bildung

Die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland planen laut Berliner „Tagesspiegel am Sonntag“ ein gemeinsames Papier zum Thema Bildung.

Damit würden die beiden Kirchen zum ersten Mal seit ihrem Sozialwort von 1997 wieder eine gemeinsame Stellungnahme zu gesellschaftlichen Problemen veröffentlichen. Die Zeitung beruft sich bei auf die Wirtschafts- und Sozialexperten der Kirchen, den Trierer Bischof Reinhard Marx und den Berliner Wirtschaftsforscher Gert Wagner. Die Pressesprecherin der Deutschen Bischofskonferenz, Martina Höhns, bestätigte die Existenz einer gemeinsamen

Arbeitsgruppe der Kirchen zu den Themen Demokratie und gesellschaftlicher Teilhabe.

„Der Schlüssel gegen vererbte Armut ist der Zugang zu Bildung“ sagte Marx dem Tagesspiegel. Wagner ergänzte, es sei „sehr bedrückend“ in Deutschland, „dass wir beträchtliche Teile der nachrückenden Generation von der Erwerbsarbeit abkoppeln“. Das lasse sich mit der klassischen Umverteilungspolitik nicht mehr in den Griff kriegen. Auch Marx forderte neue Anstrengungen, um die Arbeitsmarktprobleme in den Griff zu bekommen: „Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die jemand durch Erwerbsarbeit bekommt, ist durch nichts zu ersetzen.“ KNA

Elterngutscheine statt Zuschüsse für Träger

Dött schlägt alternatives Finanzierungskonzept für die vorschulische Bildung vor

Die BKU-Bundesvorsitzende Marie-Luise Dött, MdB, erteilte auf dem Berliner Forum (s. Seite 10) der Forderung nach einer verpflichtenden staatlich finanzierten Vorschule für Kinder ab drei Jahren eine klare Absage und stellte ein Alternativmodell vor.

von Martin J. Wilde

„In der vorschulischen Erziehung bedarf es einer Akzentverschiebung weg vom Betreuen und Verwahren hin zu mehr Bilden und Erziehen“, stellte Dött klar. Gleichzeitig will sie die Erziehungsrolle der Eltern in einem schwieriger werdenden Umfeld stärken: „Was im Elternhaus nicht Grund gelegt wird, kann von Erziehungseinrichtungen nur begrenzt repariert werden.“

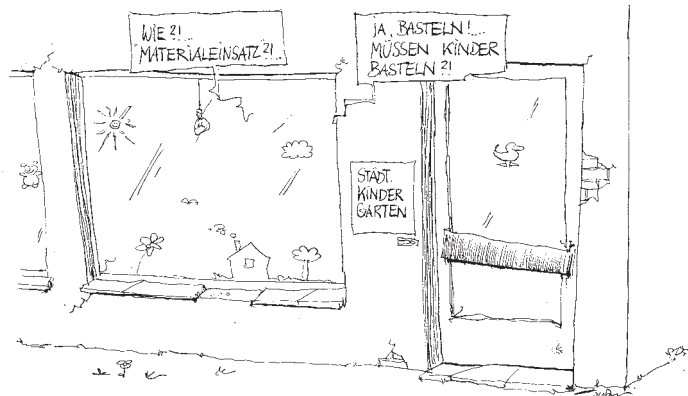
Eltern werden diskriminiert

Für viele Eltern aber werde die Entscheidung, nicht (voll) berufstätig zu sein und sich ganz- oder halbtags der Erziehung der eigenen Kinder zu widmen, aus finanziellen Gründen zunehmend unmöglich. Der Zwang zur doppelten Vollerwerbstätigkeit führe zu einem Gefühl der Überforderung. „Eine echte Wahlfreiheit gibt es immer weniger. Kinderreichtum wird zum Armutsrisiko und das für die Kinder zum Bildungsrisiko,“ mahnte die BKU-Vorsitzende.

Dött hält die derzeitige staatliche Finanzierung vorschulischer Erziehung für diskriminierend. Alle Kindergärten werden zum größten Teil durch Steuermittel finanziert. Dazu tragen auch die Eltern bei, die ihre Kinder zumindest

zeitweise persönlich erziehen und deswegen auf eine doppelte Vollerwerbstätigkeit mit höherem Einkommen und mehr Rentenpunkten verzichten. „Sie erbringen eine für die Gesellschaft entscheidende Leistung selbst und finanzieren gleichzeitig mit ihren Steuern die Ganztagsangebote, von denen doppelt vollwertbätige Eltern profitieren.

„Damit ich nicht falsch verstanden werde: Es ist völlig in



GEMEINDEFINANZEN... SPIELRÄUME

Ordnung, wenn sich Eltern dafür entscheiden, dass sie beide ganztätig berufstätig und ihre Kinder tagsüber in Erziehungseinrichtungen sind. Nicht in Ordnung aber ist, dass Eltern, die sich für die persönliche Erziehung ihrer Kinder und damit für ein geringeres Einkommen entscheiden, das finanzieren sollen. Eine für die Eltern völlig kostenlose, voll aus von allen gezahlten Steuern finanzierte vorschulische Erziehung lehne ich deshalb entschieden ab.“

Systemwechsel in der Finanzierung

Um die Steuerlast der Eltern von Kindern im Vorschulalter zu senken, möchte Dött deutlich erhöhte steuerliche Kinderfreibeträge mit einer negativen Einkommensteuer und Bildungsgutscheinen kombi-

nieren. Demnach sollen:

- Kinder- und Erziehungsgeld wegfallen;
- das Ehegattensplitting erhalten bleiben;
- die Rentenbeiträge entsprechend der Kinderzahl bei gleichbleibender Höhe der erworbenen Rentenansprüche reduziert werden.

Diese Entlastung und die Ausgabe von Bildungsgutscheinen müsse zu einer deutlichen Steigerung des frei verfügba-

ze, die pädagogischen Konzepte ständig fortzuentwickeln. Teure Einrichtungen sollen verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz an Gutscheinempfängern anzunehmen.

Die Vorteile eines solchen Systems: Die Wahlfreiheit der Eltern werde größer und die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen hätten Anreize, die pädagogische Qualität ihrer Arbeit ständig zu verbessern. Das Modell sei sozial gerechter, da Besserverdienende die vollen Kosten der vorschulischen Erziehung tragen, und ihre Kinder nicht mehr in Einrichtungen schicken können, die über die von allen gezahlten Steuern subventioniert werden.

Mehr Mittel für die Vorschule verfügbar

Das für die vorschulische Bildung und Erziehung zur Verfügung stehende Finanzvolumen steige allein dadurch an. Durch die Entlastung der Familien in der Rentenversicherung hätten die Eltern zusätzlichen Spielraum für Investitionen in die Bildung ihrer Kinder. Für den Staat sei das Modell kostenneutral, denn die Erhöhung der Kinderfreibeträge und die Ausgabe von Bildungsgutscheinen im Rahmen einer negativen Einkommensteuer würden durch die Mittel finanziert, die bislang als Zuschuss an die Einrichtungen fließen. Außerdem könnten mehr Kinder aus bildungsfernen Gesellschaftsgruppen in das vorschulische Erziehungs- und Bildungssystem einbezogen werden. Alle Einrichtungen hätten einen ökonomischen Anreiz, sich aktiv auch um diese Kinder zu bemühen.

Freie Träger erhalten Vorfahrt

Alle Vorschuleinrichtungen sollen nach diesem Modell von freien Trägern übernommen und die direkte staatliche Finanzierung beendet werden. „So werden sich Leistungs- und Preisunterschiede zwischen den Einrichtungen entwickeln. Dies erzeuge Anrei-

Zukunftsthema Familie

Bischofskonferenz möchte vor der Bundestagswahl Zeichen setzen

Die Deutsche Bischofskonferenz hat eine auf drei Jahre angelegte Initiative zur Zukunft der Familie gestartet.

Zum Auftakt sagte der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky in Köln, die Kirche wolle das Bewusstsein der Politik für das „Zukunftsthema Familie“ schärfen, politische Programme auf ihre Familienfreundlichkeit hin befragen sowie die vielfältigen Bemühungen katholischer Verbände um Ehe und Familie besser koordinieren. Sterzinsky ist Vorsitzender der Kommission für Ehe und Familie der Bischofskonferenz.

Die Aktion steht unter dem Leitwort „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“. Sterzinsky betonte, eine auf der Ehe gründende Familie sei für die meisten Menschen nach wie

vor das bevorzugte Lebensmodell. Dabei gebe es grundlegende Übereinstimmungen zwischen den Zukunftswünschen junger Menschen und der kirchlichen Lehre. Bei Ehe und Familie gehe es um „eine verlässliche Partnerschaft von Mann und Frau“, aber auch um „einen geschützten intimen Raum, in dem Kinder und Erwachsene sich als Personen - als Individuen und Gemeinschaftswesen - entfalten kön-

nen“, sagte der Kardinal.

Der Berliner Erzbischof betonte gleichzeitig, Alleinerziehende, die keinen Rückhalt in einer verlässlichen Partnerschaft hätten, dürften nicht aus dem Blick verloren werden. Ihre Familiensituation unter erschwerten Bedingungen verdiene allen Schutz und alle Solidarität, auch und gerade dann, wenn die positive Bedeutung der Ehe herausgestellt werde. *KNA*



Papst verurteilt Pseudo-Ehen

Papst Benedikt XVI. hat Lebensmodelle wie Ehe ohne Trauschein, Ehe auf Probe oder Pseudo-Ehen zwischen Personen des gleichen Geschlechts scharf verurteilt. Sie seien „Ausdruck einer anarchischen Freiheit“, die zu Lasten einer echten Befreiung des Menschen gehe, sagte er in Rom. Die Ehe als Institution bedeute keine unerlaubte Einmischung in die Gesellschaft und kein Aufzwingen einer Form von außen. Der einzigartige Wert der auf Ehe gegründeten Familie sei zu unterstreichen. Nur so könne die Familie ihren Erziehungsauftrag für die Kinder wahrnehmen und damit ihren Beitrag zur Zukunft leisten. Zudem sollten die Christen für die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum natürlichen Ende eintreten. *KNA*

Nein zum Kinderwahlrecht

Bundestag lehnt interfraktionellen Antrag ab

Der Bundestag hat ein Wahlrecht für Kinder abgelehnt. Im weitgehend leeren Parlament stritten Befürworter und Kritiker Anfang Juni überraschend emotional um die Gesetzesänderung. Aus allen Fraktionen kamen ablehnende Stimmen wie positive Voten. Die SPD-Innenpolitikerin Barbara Wittig (SPD) bewerte

ein Kinderwahlrecht als „demokratiethoretischen Irrweg“. Dagegen rief Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnisgrüne) dazu auf, endlich anzuerkennen, dass Kinder „auch Bürger sind“. Sie verglich den Streit mit der Debatte um die Einführung des Frauenwahlrechts. *KNA*

Leistungen konzentrieren

Hundt möchte Familienförderung prüfen

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat eine Überprüfung der bisherigen „großzügige Familienförderung mit 150 Milliarden Euro“ gefordert. Diese habe weder zu mehr Geburten, noch zu einer vernünftigen Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt geführt, sagte er dem Handelsblatt. Die Jobgarantie von drei Jahren für Müt-

ter gehe an der betrieblichen Realität vorbei. Dagegen sei die von der Bundesregierung geplante Einführung eines einjährigen Elterngeldes „eine interessante Idee“. Mit einer Konzentration der Transferleistungen könnten junge Eltern wieder schnell ins Arbeitsleben integriert und zu mehr Kindern motiviert werden. *KNA*

Immer mehr Paare wollen überhaupt keine Kinder

Besorgniserregende Studie: Junge Frauen wünschen sich im Durchschnitt nur noch 1,57 Kinder

Die Deutschen wollen laut einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung weniger Kinder.

Der Durchschnittswert für den Kinderwunsch sei von 2,0 je Familie auf 1,7 gefallen, teilte das Bundesinnenministerium Anfang Mai in Berlin

mit. Vor allem die Zahl junger Menschen, die keine Kinder wollten, steige deutlich.

Laut der Studie liegt der Durchschnittswert für die Zahl der gewünschten Kinder bei den Frauen zwischen 20 und 39 Jahren mit 1,74 nur noch wenig über der tatsächlichen Kinderzahl (1,4). Bei den

Männern sind es 1,57 Sprösslinge. Die Bevölkerung würde demnach auch dann deutlich schrumpfen, wenn alle Frauen und Männer ihren Kinderwunsch vollständig verwirklichen könnten.

Auffällig ist auch die wachsende Zahl junger Menschen, die überhaupt keine Kinder

mehr wollten: Sie sei seit 1992 bei den Frauen von 9,9 auf jetzt 14,6 Prozent gestiegen, bei den Männern von 11,8 auf 26,3 Prozent. Bundesinnenminister Otto Schily forderte eine „offensive Wertedebatte“ und mahnte: „Eine Absage an Kinder ist eine Absage an das Leben“. *KNA*

Mehr Umsatz mit fairem Handel

Das Fair-Handelshaus gepa feiert 30-jähriges Bestehen

Das Fair-Handelshaus gepa hat erneut seinen Umsatz im Jubiläumsjahr 2004/05 um acht Prozent auf 39,7 Millionen Euro gesteigert.

Wie Geschäftsführer Thomas Speck in Wuppertal mitteilte verzeichnete die gepa das größte Wachstum mit 14 Prozent bei Lebensmitteln wie Schokolade oder Tee. Der Umsatz mit Kaffee stieg um vier Prozent. Im vergangenen Geschäftsjahr hatte die „Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt“ knapp 37 Millionen Euro umgesetzt.

Die gepa vertreibt fair gehandelte Produkte vornehmlich über bundesweit rund 800 Weltläden und 6 000 Aktionsgruppen. Der Umsatz betrug bei diesen Verkaufsstellen bei einem Plus von drei Prozent 21 Millionen Euro. In Supermärkten sei mit einer Steigerung von 17 Prozent auf sieben Millionen Euro das größte Wachstum erzielt worden. Mit Großkunden wie Firmenkantinen wurden mit vier

Steuervorteil für Zeitspender

Der Deutsche Spendenrat möchte ehrenamtliches Engagement als „Zeitspende“ steuerlich begünstigen. Damit könne das Ehrenamt gestärkt werden, sagte der Vorsitzende Willi Haas bei der Vorstellung einer „Bilanz des Helfens“ der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Demnach haben die Deutschen im zweiten Halbjahr 2004 gut 1,33 Milliarden € gespendet und 1,75 Milliarden Stunden ehrenamtliche Arbeit geleistet. Bei einem Durchschnittslohn entspräche dies einer Gesamtleistung von 26,865 Milliarden €. *KNA*



Exotische Einlage: Tänzerin Dilany Kämpf aus Sri Lanka beim gepa-Jubiläumfest.
Foto gepa/A. Fischer

Millionen Euro vier Prozent mehr umgesetzt als 2003/2004.

Als weitere Ziele nannte Speck die Stärkung der fairen Marken und mehr Marktpräsenz. Die gepa wolle ihre Produkte möglichst bald über alle Supermärkte ausgenommen der Discounter vertreiben.

Unter dem Motto „fair forever“ hat die gepa Ende Mai ihr 30-jähriges Bestehen auf dem Firmengelände in Wuppertal gefeiert. Die gepa ist nach eigenen Angaben Europas größte Fair-Handelsorganisation.

Meisner: Union soll „C“ streichen

Der Kölner Kardinal Joachim Meisner hat CDU und CSU erneut aufgefordert, das „C“ aus ihren Parteinamen zu streichen. Der „Westdeutschen Zeitung“ sagte Meisner Anfang Juni: „Was christlich ist, kann nicht die CDU definieren. Das machen wir.“ In der säkularen Gesellschaft erreiche eine christliche Volkspartei keine Mehrheiten mehr. Der Kirchenbeauftragte der Unions-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, konterte, der Kardinal sei in dieser Frage ein „Einzelgänger“ unter den katholischen Bischöfen. *KNA*

Sie arbeitet mit rund 150 Partnern in Lateinamerika, Afrika und Asien zusammen. Die Gründungsmitglieder vom 14. Mai 1975 sind auch heute noch Gesellschafter der gepa. Dazu zählen neben dem bischöflichen Hilfswerk Misereor, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) seit Oktober 2004 auch die Sternsinger. *KNA*

Globalisierung schafft Konflikte

Nach Ansicht des Marburger Politikwissenschaftlers Wilfried von Bredow führt die Globalisierung zu fortschreitenden religiösen Konflikten. „Die Auseinandersetzung um einander widersprechende Werte, die Anspruch auf höchste Autorität erheben, lassen sich territorial nicht mehr eingrenzen“, sagte von Bredow in München. Das Aushalten kultureller Differenzen im Nahbereich gehöre zu den am schwersten zu erbringenden Leistungen des Menschen und führe bei Misslingen zur Gewalt. *KNA*

Presse-Echo

Nach der Wahl des deutschen Papstes erkundigten sich mehrere Zeitungen beim BKU nach der künftigen Haltung der Kirche zur Wirtschaft. Danach erschienen unter anderem folgende Berichte:

RHEINISCHE POST

Peter Unterberg vom Bund Katholischer Unternehmer glaubt indes an eine Kontinuität im Vatikan. Johannes Paul II. war Anti-Kommunist und Anti-Kapitalist, aber auch ein klarer Verfechter der sozial orientierten Marktwirtschaft. Das wird sein engster Vertrauter nicht anders sehen. „Und solange der neue Papst keine neue Enzyklika zu marktwirtschaftlichen Positionen der Kirche verfasste, gelte die bisherige Richtung.“

Ein Interview mit der BKU-Vorsitzenden Marie-Luise Dött (MdB) brachte das

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Wir hoffen, dass der neue Papst in Fragen der Wirtschaftsordnung die Linie fortsetzt, die sein Vorgänger in mehreren Sozialenzykliken vorgegeben hat. Darin bekannte sich Johannes Paul II. als erster Papst zum Recht auf unternehmerische Tätigkeit und zur Rolle des Privateigentums in sozialer Bindung. (...) Unabhängig davon hat der verstorbene Papst nicht den Kapitalismus als solchen kritisiert, sondern dessen Exzesse, die es sicherlich gibt. Ich bin überzeugt, dass wertorientierte Unternehmensführung auf Dauer erfolgreicher ist.

Namen sind Nachrichten

Die Theologin **Petra Bahr** ist zur ersten hauptamtlichen Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) berufen worden. *KNA*

Peter Neher (49) und **Georg Cremer** (53), Präsident und Generalsekretär des Deutschen Caritasverbands (DCV), sind für weitere sechs Jahre in ihren Vorstandsämtern bestätigt worden. Neu im Vorstand ist **Niko Roth** (58), der kurz vor seiner Wahl mit einer Delegation des BKU über eine Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden diskutiert hatte. *KNA*

Der Augsburger Weihbischof **Anton Losinger** (47) wird Nachfolger des Rottenburg-Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst. im nationalen Ethikrat. *KNA*

Der Bundesvorsitzender der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED), **Walter Eykmann** (67), ist mit dem päpstlichen Silvesterorden ausgezeichnet worden. *KNA*

Magdalena Bogner (57) ist als Vorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft kfd im Amt bestätigt worden. *KNA*

Kirchen als Wächter

Lehmann: Zur Not um Werte kämpfen

Eine Wächterfunktion der Kirchen in Staat und Gesellschaft sieht Kardinal Karl Lehmann.

Die Kirchen seien kritische Begleiter und Wächter, damit die sittlichen Maßstäbe und die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens nicht unter die Räder kämen, sagte er im Kloster Eberbach.

Christliche Politikberatung

„Ideenagentur“: Berliner Institut nimmt als die Arbeit auf

In der Bundeshauptstadt ist Mitte Mai das „Berliner Institut für Christliche Ethik und Politik“ (ICEP) eröffnet worden.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, betonte die Notwendigkeit, das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild gerade in Zeiten des Wandels zur Geltung zu bringen. Es sei eine „hohe Verpflichtung der Kirche“ ihre Soziallehre zum Wohle der Menschen zu verkündigen.

Das ICEP ist eine Forschungseinrichtung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) und wird staatlich gefördert.

Einbruch bei der Kirchensteuer

Die Kirchensteuereinnahmen in Deutschland sind im vergangenen Jahr dramatisch zurückgegangen. Die 27 katholischen Bistümer erhielten im Jahr 2004 rund 4,16 Milliarden Euro an Steuereinnahmen und damit 7,59 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die evangelische Kirche meldete einen Rückgang um 8,3 Prozent auf 3,79 Milliarden. *KNA*



KHSB-Rektor Andreas Lob-Hüdepohl versteht es als „politische Ideenagentur“, die mit Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragen vom Standpunkt christlicher Sozialethik aus berate.

Das ICEP erstellt nach den Worten von Geschäftsführer Christof Mandry Expertisen zu sozialemthischen Fragestellungen, besonders im Bereich

Betriebsbedingte Kündigungen

Der neue Magdeburger Bischof Gerhard Feige schließt betriebsbedingte Kündigungen in seinem Bistum nicht aus. In einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur sagte er, er hoffe auf sozial verträgliche Lösungen, wenn dieser Fall eintrete. Die Folgen der schlechten Haushaltssituation seien schon jetzt spürbar.

des Sozial- und Gesundheitswesens, und will ethische Überlegungen in Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft kommunizieren. Mit anderen Sozialethikern bilde es eine „Plattform für christliche Ethik im politischen Raum“. Vorsitzender des ICEP-Beirats ist der Tübinger Moraltheologe Dietmar Mieth. Die Bamberger katholische Sozialethikerin Marianne Heimbach-Steins, der Direktor des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover, Gerhard Kruij, der Ethiker der Katholischen Universität Löwen, Walter Lesch, und die Direktorin der Katholischen Akademie Berlin, Susanna Schmidt, komplettieren den Beirat. *KNA*

Erneut weniger Neupriester

Die Zahl der Priesteramtskandidaten in Deutschland ist im Jahr 2004 um weitere fünf Prozent gesunken. Die Zahl der zu Priestern geweihten Männer sank 2004 um 13,8 Prozent auf 112. Im Jahr 2004 bereiteten sich insgesamt 919 Männer auf die Priesterweihe vor; 2003 waren es noch 967. *KNA*

Zeitgemäß und weltoffen

25 Jahre Katholische Universität Eichstätt

Die einzige katholische Universität im deutschen Sprachraum, die Katholische Universität (KU) Eichstätt-Ingolstadt, hat ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert.

An den acht Fakultäten der KU arbeiten 4 600 Studenten, 120 Professoren und 200 wissenschaftliche Mitarbeiter. Träger sind die sieben bayeri-

schen Bistümer, die auch 15 Prozent zum Etat beisteuern. Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel würdigte die jüngste Universität im Freistaat als „zeitgemäß und weltoffen“. Mit ihrem geisteswissenschaftlichen Schwerpunkt könne sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, aktuelle Probleme umfassend und aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten.

Flexible Bezahlung statt BAT-Korsett

„p.i.a.“ – Die Projektgesellschaft innovatives Arbeiten in caritativen Unternehmen.

p.i.a. – so nennt sich eine Gesellschaft, die sich die Reform des Arbeitsrechtes in caritativen Einrichtungen zum Ziel gesetzt hat.

von Andreas Franken

Das Kürzel p.i.a. steht für die Projektgesellschaft innovatives Arbeiten in caritativen Unternehmen. Mitglieder in dieser unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt und BKU-Mitglied Bernd Molzberger stehenden Gesellschaft sind eine Reihe einflussreicher Unternehmen der Caritas, wie die Marienhaus GmbH in Waldbreitbach, die Malteser Trägergesellschaft in Köln sowie Diözesancaritasverbände in Köln, München-Freising, Rotenburg-Stuttgart und vielen anderen. Derzeit repräsentieren die Mitglieder rund 60 000 der mehr als 450 000 Beschäftigten der Caritas. Beraten und unterstützt wird p.i.a. auch durch BKU-Vorstandsmitglied Dr. Dieter Kirchner.

p.i.a. entwickelt und erprobt eine neue Gehaltsstruktur aus Grundentgelt, variablem Entgelt und speziellen Zulagen. Eine stärkere Orientierung des Gehalts an den Aufgaben sowie der Leistung der Mitarbeiter wird dabei angestrebt.

Neugestaltung im Tarifrecht

Eine Neugestaltung des Tarifrechts wird derzeit in vielen Bereichen diskutiert. So will der öffentliche Dienst mit dem am 9. Februar 2005 verabschiedeten TVöD stärker und effizienter werden mit einem Tarif, der Aufgaben- und Leistungsorientierung, Kunden- und Marktorientierung berücksichtigt. Caritative Einrichtungen müssen sich an die-



Wie sollen Sie bezahlt werden? Helferinnen in einem Pflegeheim

Foto: KNA

sem Reformprozess aktiv beteiligen, wollen sie wettbewerbsfähig bleiben.

Schwachstellen des BAT

Warum der BAT und damit auch die AVR, – die Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes –, die sich am Tarifrecht des öffentlichen Dienstes orientieren, kritisch hinterfragt werden, wird bei einem Blick auf das geltende Entgeltsystem verständlich. Die Vergütung berücksichtigt Kriterien, die für die Arbeit ohne Bedeutung sind wie etwa Lebensalter, Familienstand und Kinderzahl. Dieses Vergütungssystem beinhaltet mehrere Zeitaufstiege, die jüngere Mitarbeiter mit gleicher Tätigkeit und Qualifikation benachteiligen und dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ widersprechen. Und es lässt keine Berücksichtigung unterschiedlicher Leistungen zu.

Um diese und weitere Schwachstellen zu beheben, erarbeiten die Mitwirkenden der p.i.a. schrittweise ein neues Entgeltsystem, das vor allem aus einem tätigkeitsorientier-

ten Grundentgelt sowie einem leistungsbezogenen variablen Entgeltbestandteil besteht.

Die Ermittlung des Grundentgelts soll sich zukünftig an den Aufgaben und nicht an der Person orientieren. Automatismen wie die Zeitaufstiege fallen weg. Orts- und Sozialzuschläge sollen in die Tabelle eingebaut werden. Die Eingruppierung soll schlank, einfach und praktikabel werden.

Die Mitwirkenden haben das Eingruppierungssystem verschiedener Einrichtungen überprüft. Derzeit erstellen sie die Beschreibungen ausgewählter Tätigkeiten, die sogenannten Richtbeispiele. Diese dienen der Orientierung bei der betrieblichen Eingruppierung. Darauf aufbauend folgen Schattenrechnungen.

Die variablen Entgeltbestandteile

Der variable Entgeltbestandteil besteht zunächst aus einem Leistungsentgelt, das nach erbrachter Leistung variabel ist. Es umfasst die Komponenten Leistungszulage und/oder Zielentgelt. Die Höhe des variablen Entgeltbestandteils sollte langfristig etwa zehn Prozent des gesamten

Jahresentgelts betragen. Alternativ oder zusätzlich kann ein erfolgsbezogenes Entgelt gezahlt werden, das ausschließlich oder zusätzlich in Abhängigkeit von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen fließt.

Die variablen Entgeltbestandteile sollen

- Lohngerechtigkeit stärken;
- Leistungsbereitschaft durch ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren belohnen;
- Wirtschaftlichkeit fördern.

Damit wird auch das mitarbeiterorientierte Führungs- und Informationsverhalten verbessert.

Die Einführung des variablen Vergütungsbestandteils soll das bisherige Entgeltsystem nicht verdrängen, sondern verbessern. Daher wird der überwiegende Anteil der Gesamtvergütung nicht variabilisiert. Ein festes monatliches Einkommen bleibt bestehen.

Im gemeinnützigen Gesundheitssektor ist die Erprobung variabler, leistungsbezogener Vergütungsbestandteile eine Pioniersituation. Die ersten p.i.a.-Mitglieder testen seit diesem Jahr einen variablen Vergütungsbestandteil. Alle Modellprojekte werden von der Universität Trier wissenschaftlich begleitet.

Wichtig ist für p.i.a. von Anfang an, die Mitarbeitervertreter in den Prozess einzubeziehen. p.i.a. ist ein Projekt von Betroffenen für Betroffene und lebt von der Unterstützung von Mitarbeitern und Trägern. p.i.a. freut sich über jedes neue Mitglied. ■

p.i.a.
Projektgesellschaft
innovatives Arbeiten
in caritativen Unternehmen

Weiter Informationen unter www.pia-projekt.de, Telefon-Nr. 0 26 38 / 92 52 61.

Aus befreundeten Verbänden



KKV wählt Krapp an die Spitze – Münchener Erklärung mit Bekenntnis zur Rolle als katholischer Sozialverband



Der neue KKV-Vorstand (v.li): Prälat Prof. Dr. Friedrich Janssen (Geistlicher Beirat), Dr. Heribert Engelhardt (stv. Vorsitzender), Gertrud Dietl (stv. Vorsitzende), Clemens-August Krapp (Bundesverbandsvorsitzender), Wilhelm Hengefeld (Schatzmeister), Elisabeth Spors (stv. Vorsitzende), Paul-N. Mathew (Vors. des Förderer-Kreis für Bildungsarbeit des KKV) Foto: KKV

„KKV - In der Kirche zu Hause - offen für die Gesellschaft“ - Unter diesem Motto stand der Bundesverbandstages der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV) im Mai in München.

In einer „Münchener Erklärung“ bekennt sich der Partnerverband des BKU zu seiner Rolle als als katholischer Sozialverband und damit als Teil der Kirche. Die „kulturprägende Kraft des Christentums ist Grundlage unseres Lebens“, heißt es weiter. Aus dieser Botschaft heraus versteht sich der KKV „als Sprachrohr der missionarischen Botschaft der Kirche; eben: In der Kirche zu Hause - offen für die Gesellschaft“.

Inhaltlich greift die Erklärung die Sorge um die Arbeitslosigkeit auf. Der Mensch sei zur aktiven Gestaltung seines Lebens und seiner Umwelt bestimmt und nicht zum Nichtstun, heißt es. Folglich sei der

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit „mehr als eine rein ökonomische oder fiskalpolitische Aufgabe“.

Zum neuen Vorsitzenden des KKV wurde der Vechtaer Unternehmer Clemens-August Krapp (66) gewählt. Ebenfalls neu im Bundesvorstand sind der Kölner Betriebswirt Michael Brischwein (43) und der Würzburger Seminarrektor Heribert Engelhardt (44). Der bisherige KKV-Vorstandssprecher Georg Konen schied aus dem Vorstand aus.

Höhepunkt der Tagung mit ihren 600 Teilnehmern war ein Festgottesdienst mit dem Apostolischen Nuntius Dr. Erwin Josef Ender. Im 1877 gegründeten KKV engagieren sich knapp 10 000 Angestellte, Kaufleute, Handwerker und Freiberufler für die Katholische Soziallehre und die Stärkung der Ethik in der Wirtschaft. (Unt/KNA)

Meyer bleibt Präsident des ZdK

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat eine neue Führung gewählt. BKU-Mitglied Prof. Dr. Norbert Walter gehört wieder dem Hauptausschuss an.



Prof. Dr. Hans Joachim Meyer (Bild) ist als ZdK-Präsident für vier weitere Jahre

wiedergewählt worden. Der frühere sächsische Landesminister steht seit 1997 als erster Ostdeutscher an der Spitze des höchsten deutschen Laiengremiums

Ebenfalls wiedergewählt als einer von vier Vizepräsidenten wurde Heinz-Wilhelm Brockmann (Katholikenrat

Osnabrück). Die übrigen bisherigen Vizepräsidenten Dr. Annette Schawan, Renate Müller und Dr. Walter Bayerlein kandidierten nicht wieder. Für sie gewählt wurden die stellvertretende Bundesvorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) und Generalsekretärin des Cusanus-Werkes, Dr. Claudia Lücking-Michel, die Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft (KFD), Magdalena Bogner, und der Vorsitzende des Katholikenrates Speyer Dr. Christoph Braß.

BKU-Mitglied Prof. Dr. Norbert Walter, der als Einzelpersonlichkeit dem ZdK angehört, wurde als Mitglied des Hauptausschusses wiedergewählt. Diesem Gremium gehören neben dem Präsidenten und den vier Vizepräsidenten sowie den Sprechern der zehn Sachbereiche 15 weitere Persönlichkeiten an.



Vesper kandidiert für Bundestag

Stefan Vesper (49), Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), will sich bei den kommenden Wahlen für ein Bundestagsmandat der CDU bewerben. Der Theologe und Bruder des bisherigen bündnisgrünen Bauministers in NRW, Michael Vesper, werde sich im Rhein-Sieg-Kreis bei Bonn um ein Mandat bewerben, bestätigte das ZdK in Bonn. Vesper werde auch im Falle seiner Wahl weiter ZdK-Generalsekretär bleiben, unterstrich ZdK-Pressesprecher Theodor Bolzenius.

150 Jahre Unitas

Der älteste deutsche Studentenverband, die Unitas, hat im Mai sein 150-jähriges Bestehen gefeiert. Der 1855 gegründete Unitas-Verband ist mit rund 5 000 Aktiven und Alten Herren nach CV und KV der drittgrößte katholische Studentenverband in Deutschland. Unitas-Korporationen gibt es in den meisten Hochschulstandorten. Vor 15 Jahren hatte sich der Verband als Erster für Studentinnen geöffnet. Bei der Generalversammlung zum Jubiläum wurde mit der Bonner Hohedamen-Corporation Clara Schumann erstmals eine Studentinnenverbindung an die Spitze des Gesamtverbandes gewählt.

Virtuelle Personalabteilung für den Mittelstand

Das Internet-Portal „Mittelstand und Familie“ hilft Unternehmen, Beruf und Familie zu vereinen

Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, die stellvertretende Vorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Liz Mohn, und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Georg Ludwig Braun, haben im Rahmen der „Allianz für die Familie“ das Internet-Portal www.mittelstand-und-familie.de freigeschaltet.

von Angela Fauth-Herkner

Das Portal für mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland kann von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) als virtuelle Personalabteilung genutzt werden. Es richtet sich vornehmlich an Entscheider und Personalverantwortliche des Mittelstands, der mit rund 80 Prozent aller Beschäftigten größter Arbeitgeber in Deutschland und die wichtigste wirtschaftliche Basis für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Familien ist. Auch die Mitarbeiter/-innen von KMUs finden hier wertvolle Informationen, um ihre berufliche und private Lebenssituation in Kooperation mit ihren Arbeitgebern opti-



mal zu koordinieren.

Das Portal gliedert sich in drei Kernbereiche: Unter „Lösungen“ werden verschiedene Konzepte Arbeitszeit und Kinderbetreuung beschrieben. Außerdem finden sich hier Hilfestellungen für konkrete Lebenssituationen wie Elternzeit oder Pflege von Angehörigen. Die Umsetzung wird Schritt für Schritt und verständlich erläutert. Fragebögen und Checklisten erleichtern die Realisierung. Bei den Lösungen werden möglichst einfache und zugleich effektive und kostengünstige Instrumente aufgeführt. Beispielrechnungen beschreiben Kosten und Fördermöglichkeiten.

Der Bereich „Akademie“ bietet Artikel, Studien Fortbildungsangebote und Literaturhinweise zum Thema Familie

und Beruf. Hier finden sich Präsentationsmaterialien zum Download, Fallbeispiele, Begriffserläuterungen und Veranstaltungshinweise. Als Besonderheit werden Vorträge per Telefonkonferenz angeboten – etwa zum flexiblen Arbeits(zeit)management.

In der „Infoline“ schließlich stehen montags bis frei-

tags von 8.00 bis 20.00 Uhr Experten für eine eine persönliche Beratung rund um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verfügung. Unterstützend gibt es eine umfangreiche Info-Datenbank mit hilfreichen Adressen. (Telefon 0180 3 444 333 (9 Cent/min.))

Das Portal bietet damit umfassende Unterstützung für KMUs, die angesichts begrenzter Ressourcen eine wertvolle Ergänzung innerbetrieblicher Maßnahmen sein kann. Wird den Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, steigt die Motivation sowie die Bindung qualifizierter Mitarbeiter, wodurch Kosteneinsparungen und Wettbewerbsvorteile erzielt werden können. ■

Das Portal

Das Portal Mittelstand und Familie ist Bestandteil des Projekts „Balance von Familie und Arbeitswelt“, das die Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend realisiert. Gefördert wird das Portal aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Die Allianz für die Familie, gegründet 2003 durch Renate Schmidt und Liz Mohn, unterstützt gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern die Unternehmen in Deutschland dabei, eine familienfreundliche Personalpolitik in den Betrieben umzusetzen.

Inseln der Hoffnung schaffen

Renovabis hilft den Jugendlichen im Osten Europas

Die Jugendlichen im Osten Europas stehen 2005 im Mittelpunkt der Aktion von Renovabis. Das Jahresmotto lautet „Ich will euch Zukunft und Hoffnung geben - Solidarisch mit Jugendlichen im Osten Europas“.

Zeichen der Hoffnung brauchen die jungen Menschen im Osten Europas dringend. Die soziale Realität in

weiten Teilen Ost- und Südosteuropas lässt viele Menschen den Kopf in den Sand stecken, wie Erzbischof Stanislaw Hocevar aus Belgrad bei der Pfingstaktion 2005 in Stuttgart betont hat.

Renovabis-Hauptgeschäftsführer Pater Dietger Demuth CSSR weist darauf hin, dass mehr als ein Drittel aller Jugendlichen in Albanien, Bulgarien und in Polen arbeitslos

sind. Ihnen will Renovabis in ihrer eigenen Heimat Perspektiven eröffnen.

Renovabis wurde 1993 als Hilfswerk für Mittel- und Osteuropa von den deutschen Bischöfen ins Leben gerufen wurde. Das Hilfswerk soll „Inseln der Hoffnung“ in einem Meer der Perspektivlosigkeit schaffen. Es stellt Gelder für katholische Schulen und für die Zeit nach der Schule



zur Verfügung. Im Berufsschulzentren Rreshen in Nordalbanien etwa werden seit Ende 2004 60 Jugendliche ausgebildet.

www.renovabis.de, Spendenkonto 94 bei der Darlehnskasse Münster (DKM) BLZ 40060265.

Ethik im globalisierten Alltag

Mai 2006: Die UNIAPAC lädt zum Weltkongress nach Lissabon

Der 22. Weltkongress der Internationalen Vereinigung christlicher Unternehmerverbände (UNIAPAC) findet vom 25.-27. Mai 2006 in Lissabon statt.

Er steht unter dem Thema „Bessere Unternehmer sein in der globalisierten Welt“. Inhaltlich soll die Frage reflektiert werden, wie sich christliche Führungskräfte in der Wirtschaft darauf vorbereiten können, ihre ethischen Werte in der globalen, immer komplexer werdenden Welt im unternehmerischen Alltag zu leben. Zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu dieser Thematik erwarten die Organisatoren circa 500 Unter-



Ein Blick auf den malerischen Strand und die Silhouette von Lissabon. Hier findet im Mai 2006 der Weltkongress der UNIAPAC statt. Foto UNIAPAC

nehmer aus der ganzen Welt.

Im Anschluss an den Kongress besteht am 28. Mai das Angebot zur Teilnahme an ei-

ner Wallfahrt nach Fatima. ■

Weitere Informationen unter:
www.uniapac.org

Spiritualität in Laxenburg

Zum 2. Mal findet vom 10. bis 12. November im österreichischen Laxenburg das Symposium „Management und Spiritualität“ statt. Zu den Referenten zählen der Gründer der SEKEM Gruppe und Träger des Alternativen Nobel-Preises 2003, Prof. Dr. Ibrahim Abouleish, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, BKU-Mitglied Prof. Dr. Norbert Walter, und Plansecur Geschäftsführer Johannes Sczezan. Sie arbeiten in Vorträgen und Workshops an „Strategien und Praxismodellen für Sinn stiftendes Wirtschaften“. Zum Auftakt lädt Jesuitenpater Benno Kuppler zum Workshop „Zeitwert – Werte der Zeit – WerteVolle Zeit“

Infos: www.laxenburgerforum.at

Europa und Ökumene

Die nächsten Kirchen- und Katholikentage

Die Termine für die nächsten Katholiken- und Kirchentage stehen jetzt fest.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) wird 2006 in Saarbrücken und 2008 in Essen den 96. und 97. Deutschen Katholikentag organisieren. Die Veranstaltung in Saarbrücken steht vom 24. bis 28. Mai 2005 unter dem Motto „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“. Der BKU wird dort mit befreundeten katholischen Verbänden verschiedene Foren inhaltlich gestalten. Der gastgebende Trierer Bischof Reinhard Marx erwartet für die Veranstaltung einen deutlichen europäischen Akzent.

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) und die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) haben je-

weils einmütig beschlossen, den zweiten Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2010 in München zu veranstalten. Sie gehen dabei davon aus, dass eine gemeinsame Einladung der Ortskirchen erfolgt und die finanziellen Rahmenbedingungen für eine entsprechende Großveranstaltung geschaffen werden können. Die Gremien folgten damit einer Empfehlung von Delegationen beider Trägerorganisationen. Das genaue Datum steht noch nicht fest.

Noch in diesem Jahr richten ZdK und DEKT aber eine Arbeitsgruppe ein, die unter dem Leitthema „Christ sein in der Gesellschaft – Christ sein für die Gesellschaft“ einen gemeinsam getragenen Prozess „Auf dem Weg zum zweiten ÖKT“ begleiten soll. Der nächste evangelische Kirchentag findet im Jahr 2007 in Köln statt. *Wi/KNA*

„Von oben herab“

Sozialethikertagung thematisiert Europa

Die Präambel der EU-Verfassung ist aus Sicht des Freiburger Kirchenrechtlers Stefan Mückl in sich widersprüchlich.

Hinsichtlich der Stellung von Religion und Kirchen werde sie ihrem eigenen Anspruch auf Sicherung von „Einheit in Vielfalt“ nicht gerecht, sagte Mückl Ende April bei der Sozialethiker-Tagung in Mönchengladbach. Mit der bewussten Ausklammerung eines Gottesbezugs würden bereits breite Lebenswirklichkeiten der Menschen ausgeblendet. Der Verfassungsvertrag selbst gehe in seinen beiden „Kirchenartikeln“ sehr viel weiter. Die Tagung zum Thema „Das Europa der 25“ wurde veranstaltet von der Katholischen Sozialethischen Zentralstelle.

Mehr Volksnähe hat derweil der katholische Rottenburg-Stuttgarter Bischof Gebhard

Fürst von den Europapolitikern gefordert. Sie dürften Entscheidungen „nicht einfach von oben herab fallen“, sagte Fürst in einem Interview. Europa-Skepsis sei hinsichtlich einer Überregulierung aus Brüssel teilweise berechtigt.

Nach dem Scheitern des Verfassungsreferendums in Frankreich und Holland sieht die EU-Bischöfskommission COMECE kaum noch Chancen für ein Inkrafttreten des Vertrags. Die Aussichten dafür seien massiv gesunken, erklärte der stellvertretende COMECE-Generalsekretär Stefan Lunte. Das Referendum sei eine Enttäuschung für all jene, die den Verfassungsvertrag als akzeptablen Kompromiss verteidigt hätten. Das Dokument sei nicht ausreichend verständlich und nicht ausreichend in Einklang mit den Wünschen der Mehrheit der Bürger. *KNA*

Pax-Bank plant Mikrofinanz-Fonds

Internationale Konferenz in Frankfurt - Hinzen stellt Retail-Produkt vor - Resonanz positiv



Bei einer internationalen Konferenz in Frankfurt stellte Pax-Bank-Vorstand Winfried Hinzen das Retail-Produkt vor.

von Martin J. Wilde

Der Vorstand der Pax Bank eG und BKU-Schatzmeister Winfried Hinzen, hat auf einer internationalen Mikrofinanz-Konferenz in Frankfurt ein neues Fonds-Produkt vorgestellt. Dabei handelt es sich um einen Publikumsfonds, der das in ihm angelegte Vermögen unter anderem in Mikrofinanz-Institute in Entwicklungsländern investieren soll. Mikrofinanz-Institute sind den deutschen Volksbanken vergleichbar und spezialisieren sich auf Finanzdienstleistungen für die Masse der armen Bevölkerung in Entwicklungsländern, – mit erstaunlichen Erfolgen. Die Uganda Microfinance Union beispielsweise hat ihre Kleinkreditkunden im vergangenen Jahr von 45 000 auf mehr als 90 000 verdoppelt und erzielt dabei eine Rückzahlungsquote von mehr als 98 Prozent.

Der Pax-Liga-Fonds soll Ende des Jahres unter dem Dach der UNION Investment, der Fondsgesellschaft der

Bei einem festlichen Abendessen für BKU-Mitglieder und Teilnehmer der KfW-Konferenz im Schloss Kleinheubach wurden die aktuellen Mikrofinanz-Konzepte vorgestellt: Board Chairman Charles W. Nalyaali von der UGANDA MICROFINANCE UNION (linkes Bild v. li.) berichtete von seinen Plänen für Uganda. Interessierte Zuhörer fand er in Prof. Dr. Winfried Pinger, Gastgeberin Königliche Hoheit Fürstin Anastasia sowie in BKU-Geschäftsführer Martin J. Wilde (rechtes Bild v. re.), Prof. Dr. Ernst Hagenmeyer und Gastgeber Fürst Konstantin Alois zu Löwenstein.

Fotos: Peter Unterberg

Volks- und Raiffeisenbanken, in Luxemburg aufgelegt werden. Partner bei diesem Vorhaben ist die belgische Investmentgesellschaft INCOFIN, mit der die BKU-nahe AFOS-Stiftung bereits seit einigen Jahren zusammenarbeitet, und die das Mikrofinanz-Portfolio managen soll.

Erstes Publikumsprodukt in Deutschland

INCOFIN, an der der flämische Schwesterverband des BKU, VKW und zahlreiche seiner Mitglieder beteiligt sind, hat bereits Anfang des Jahres in Belgien mit der KBC-Bank einen ähnlichen Fonds für institutionelle Investoren aufgelegt - allerdings für institutionelle Investoren. Die Pax Bank wäre mit diesem Fonds das erste Finanzinstitut, dass ein echtes Publikumsprodukt auf den deutschen Markt bringt. In Europa gibt es vergleichbare Produkte für das Retail-Banking bisher nur in der Schweiz und in Holland.

Um den Anforderungen an die hohe Liquidität und die Si-



cherheit der Anlagen einerseits und den langfristigen (Re)Finanzierungsbedürfnissen der Mikrofinanz-Institute in Entwicklungsländern andererseits gerecht zu werden, wird der Fonds 20 Prozent des Anlagevolumens in Mikrofinanz-Institute und 80 Prozent in festverzinsliche Anleihen von ethisch orientierten Unternehmen investieren – schwerpunktmäßig in Entwicklungsbanken wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder die Weltbank.

Attraktive Rendite

Die 20 Prozent Mikrofinanz-Investitionen sollen indirekt in Form eines festverzinslichen Darlehens an die auf Mikrofinanz-Investitionen spezialisierte belgische INCOFIN investiert werden, die diese dann weltweit in Mikrofinanz-Institute investiert. Die Pax Bank stellt ihren Kunden eine jährliche Rendite von vier bis 4,5 Prozent in Aussicht.

Bei den 250 internationalen Finanzmarkt- und Entwick-

lungsexperten, die für zwei Tage in Frankfurt die Frage nach privatwirtschaftlichen Investitionen in Mikrofinanz-Institute diskutierten, stieß das Vorhaben der Pax Bank auf eine positive Resonanz. „Endlich wachen die Deutschen auch auf und merken, dass das Thema Mikrofinanz nichts mit einem Himmelfahrtskommando zu tun hat, sondern mit interessanten Investitionsmöglichkeiten auch für die Privatwirtschaft“, stellte der Vertreter einer amerikanischen Venture-Capital Gesellschaft fest.

Als „sensationell“ wertete der frühere entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Winfried Pinger, das Interesse der privaten Finanzwirtschaft am Thema Mikrofinanz: „Aus entwicklungspolitischer Sicht stehen wir vor einem echten Paradigmenwechsel. Statt staatlich subventionierter Entwicklungsprojekte geht es jetzt mehr und mehr um privatwirtschaftliche Zusammenarbeit, zum Nutzen der Armen, die nun Zugang zu Sparen und Kredit erhalten.“

Visionär, Macher, Schlitzohr

IHK und BKU erinnern an den 100. Geburtstags von Franz Greiß

Am 22. April wäre der Gründungsvorsitzende des BKU, Franz Greiß, 100 Jahre alt geworden. In einer gemeinsamen Veranstaltung würdigten der BKU, die Industrie- und Handelskammer zu Köln (IHK) und die Union europäischer IHK's an Rhein, Rhône, Donau und Alpen das Lebenswerk des 1995 verstorbenen Greiß.

Der Tag begann mit einer Kranzniederlegung an Greiß' Grab auf dem Kölner Melatenfriedhof. Anschließend las der Geistliche Berater des BKU, Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels eine Messe für ihn.

Die eigentliche Feierstunde wurde von IHK-Präsident Paul Bauwens-Adenauer mit einem Greiß-Zitat eröffnet: „Gestatten Sie mir, etwas in Deutschland Unpopuläres und Unmodernes zu tun, nämlich als Wirtschaftler über wirtschaftliche Fragen zu sprechen.“ Diese Aussage bringe zum Ausdruck, dass es damals in Deutschland nicht selbstverständlich war, dass sich die Wirtschaft um die Gestaltung des Staatswesens bemühte oder in die Politik einmischte, sagte Adenauer und ergänzte: „Franz Greiß war einer, der hier anders dachte und anders handelte. Dies war damals von



Jubiläumsredner und Gäste: IHK-Geschäftsführer Dr. Herbert Ferger, Kammerpräsident Paul Bauwens-Adenauer, Festredner Bischof Prof. Reinhard Marx, BKU-Mitglied Wilhelm Werhahn und Greiss-Schwiegersohn Alfons Titzrath.

Foto: Alfred Koch

großer Bedeutung und ist es auch heute noch.“

Der Kammerpräsident

Da Franz Greiß politisch unbelastet war, wurde er 1945 zur Mitarbeit beim Aufbau der IHK aufgefordert, deren Präsident er elf Jahre lang blieb. Anschließend engagierte er sich noch von 1960 bis 1970 als ihr Vizepräsident und seit 1970 als Ehrenpräsident.

Adenauer würdigte, dass Greiß als erster frei gewählter Präsident der IHK nach dem Krieg in vielen Einzelfragen für die Wiederankurbelung der Wirtschaft gesorgt hat: „Er war ein Macher, der auch vor

den aufwändigsten Gängen zur Besatzungsverwaltung nicht zurückschreckte. Er sorgte für Produktionsgenehmigungen, insbesondere für die Nahrungsmittelindustrie. Im Verkehr mit den Besatzungsbehörden kam ihm eine gewisse Schlitzohrigkeit zur Hilfe. Der Glanzstoff-Courtaulds zum Beispiel war die Produktion von Zellwolle zur Textilherstellung untersagt worden. Also beantragte er eine Genehmigung für die Produktion von Erntebindegarn. Schnell wurde in den Abnehmerkreisen bekannt, dass sich daraus erstklassige Strümpfe machen ließen.“

Adenauers Fazit: „Franz Greiß und seine Generation haben sich im höchsten Maße für die Gesellschaft engagiert. Auch heute brauchen wir solche Unternehmer, die die öffentlichen Angelegenheiten zu den ihrigen machen, da Wirtschaft immer auch Gesellschaft ist. Franz Greiß hat das erkannt und sich engagiert. Wir alle sind aufgerufen, im Sinne von Franz Greiß die freie Zukunft unseres Landes zu sichern.“

Der Internationalist

Der Präsident der UNION europäischer Industrie- und Handelskammern an Rhein, Rhône, Donau und Alpen, Harald Bollmann, erinnerte daran, dass Greiß 1949 auch zu den Initiatoren dieser Organisation gehört hat. Die Vollversammlung der UNION im September 1952 in Köln nutzte Greiß für eine weitere Vision. Schon damals dachte er an den Umweltschutz und forderte eine internationale Zusammenarbeit zur Sauberhaltung des Rheins.

Als Vertreter der Familie waren die drei Töchter von Franz Greiß samt Ehepartnern anwesend: Barbara und Rudolf Olligs, Christa und Dr. Grünther Habel sowie Marie-Therese und Dr. Alfons Titzrath. Für sie alle bedankte sich Schwiegersohn Alfons Titzrath für die Ausrichtung der Feier. Er schlug er den Bogen zu den Eröffnungsworten von IHK-Präsident Adenauer und betonte, dass der Betrieb für Greiß der Ausgangspunkt all seiner Bemühungen war. ■



Mit einer Kranzniederlegung am Grab von Franz Greiß auf dem Kölner Melatenfriedhof begann der Gedenktag.

Foto: Peter Unterberg

Unternehmer mit Geist und Seele

Cornelius G. Fetsch würdigt den BKU-Gründungsvorsitzenden, Dr. h.c. Franz Greiß

Für den BKU würdigte der Ehrenvorsitzende Cornelius G. Fetsch den Jubilar Franz Greiß. Nachfolgend eine gekürzte Dokumentation der Rede.

Von Cornelius G. Fetsch

„Wer nur etwas von der Chemie versteht, versteht auch das nicht richtig“ – mit diesem Bonmot aus seiner Branche möchte ich Ihnen Franz Greiß aus der Sicht des BKU vorstellen, dessen Gründungsmitglied und erster Vorsitzender er war. Prägend für sein Leben war, dass er sich seinen Weg weitgehend selber erarbeitet hat. Bildung war für ihn zeitlebens ein hohes Gut.

Zu seinem 75. Geburtstag sprach ein Redner von dem Greißschen Viereck: Köln – katholisch – Unternehmer – Wirken nach außen. Für ihn war es stets wichtig, praktische Lösungen zu finden – im Betrieb, in den Verbänden, in der Kirche, in der Gesellschaft. „Der Unterschied zwischen Kardinal Frings und mir bestand darin, dass ich nicht in Latein sondern in Deutsch das ausgesprochen habe, was andere getan oder gedacht haben“, schrieb er in seinen „Gedanken-splittern“ 1980.

Unternehmer mit Blick über den Tellerrand

Franz Greiß war mit Leib und Seele Unternehmer – aber eben jemand, der bewusst über den Tellerrand seines Betriebes hinaussah. Das galt besonders für die Stunde Null nach dem Zweiten Weltkrieg. In den Gedankensplittern schreibt er dazu: „Weltanschauungen bestimmen wesentlich das gesellschaftliche und auch das wirtschaftliche



Er prägte den BKU in den Anfangsjahren: Der Gründungsvorsitzende Franz Greiß, 1905-1995.

Leben. Nachdem der Nationalsozialismus zusammengebrochen war, war es fast natürlich, dass auch die christliche Soziallehre antreten musste, um ihren Beitrag zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu leisten.“

Bei der Gründung des BKU wandte er sich eindeutig gegen die Pläne, einen katholischen Unternehmer-Verband im Sinne eines Tarifpartners zu schaffen. Er sah, dass in Deutschland die Richtungsgewerkschaften durch die Einheitsgewerkschaft DGB abgelöst worden waren. Nicht die Errichtung konfessioneller Arbeitgeberverbände konnte anstehen, sondern die Durchdringung der Unternehmerorganisationen mit katholischem Gedankengut durch die Mitarbeit aktiver katholischer Unternehmer. Franz Greiß war es auch, der den Beitritt des BKU in die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände betrieben und erreicht hat.

Die Gründer des BKU wussten 1949 um die Orientierungskraft der Katholischen Soziallehre. Dieses Denken bei ihm und den übrigen Gründern des BKU, den „zwölf

Aposteln“, darunter auch Pater Oswald von Nell-Breuning, führte zu der Trias in der Struktur und Arbeitsweise des BKU, die auch heute noch gilt: dem Zusammenwirken von Unternehmern mit Geistlichen und Wissenschaftlichen Beratern.

Professor Höffner als Lehrmeister

Der erste Geistliche Berater des BKU war der damalige junge Trierer Professor Joseph Höffner. In vielen Unterhaltungen mit ihm lernte Greiß die Katholische Soziallehre kennen und konnte sie auf ihre Anwendbarkeit im Tagesgeschehen abtasten. Marksteine seiner engagierten Tätigkeit im BKU waren die Themen:

- Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand;
- die Mitbestimmung;
- die dynamische Rente;
- die Aktion „DIE WAAGE“, die die Vorzüge der jungen Sozialen Marktwirtschaft allgemeinverständlich darstellte.

Franz Greiß hat Wilfrid Schreiber, den späteren Ordinarius für Sozialpolitik an der

Universität Köln, zum ersten Geschäftsführer des BKU berufen. Schreiber verstand es laut Greiß, „Probleme die ich im Betrieb hatte, in grandioser Weise ins Makroökonomische zu übertragen“. Schreibers großer Wurf war jedoch die Entwicklung der dynamischen Rente.

Franz Greiß und Wilfrid Schreiber waren ein gutes Gespann, weil sie sich auf derselben Ebene bewegten. Praktisch und realistisch im Angang, praktisch und realistisch auch in der Arbeit und Zielsetzung.

Wir können die Formulierung Schreibers: „Die Kernaussage der Katholischen Soziallehre ist die Botschaft des sozialen Friedens“ auch als das Vermächtnis von Franz Greiß ansehen. Es ist gut, Vorbilder wie Franz Greiß zu haben, damit wir Werte schätzen und Ideale nicht aufgeben. ■

Die gesamte Rede ist dokumentiert unter www.bku.de Publikationen - Einzelpublikationen

Franz Greiß

22.04.1905 geboren in Worringen (heute Köln)

1927 Eintritt in die Glanzstoff-Courtaulds, Köln

1945 Geschäftsführer bei Glanzstoff Courtaulds

1947 bis 1958 Präsident der IHK zu Köln

1946-1949 Gründungsvorsitzender der Arbeitgeberverbände Chemie auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene

1949 bis 1965 und **1971 bis 1973** Bundesvorsitzender des BKU

1950 Gründungsvorsitzender des Vereins „Die WAAGE“

1965 Ehrendoktorwürde der Universität zu Köln

1963 bis 1967 Präsident der Union der IHKs der Rhein-, Rhone und Donaugebiete

1995 Tod in Köln

„Bischof, Sie müssen für Werte sorgen!“

Der Trierer Bischof Prof. Dr. Marx als Festredner für Franz Greiss

Um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft ging es in der Festansprache, die der Bischof von Trier, Prof. Dr. Reinhard Marx, bei der Jubiläumsfeier für Franz Greiss hielt.

von Peter Unterberg

„Die Soziale Marktwirtschaft wird akzeptiert, weil sie erfolgreich ist. Sie ist deshalb erfolgreich, weil sie richtig ist. Wir können aber nicht sicher sein, ob dies in Zukunft so bleibt“, mahnte Marx. Gleichzeitig äußerte er jedoch die Hoffnung, dass diese Wirtschaftsform kein Sonderfall der Geschichte sein wird.

Als Bischof, der bei einer BKU-Veranstaltung auftrat, ging Marx natürlich auch auf die Frage ein, ob sich die Soziale Marktwirtschaft auf die Katholische Soziallehre berufen kann. Während diese Frage heute eindeutig bejaht werden könne, sei dies zu Anfang



Die Soziale Marktwirtschaft und Katholische Soziallehre sind durchaus kompatibel, findet Bischof Marx.

Foto: Peter Unterberg

durchaus nicht klar gewesen, erinnert er sich. So habe Papst Johannes Paul II. verkündet, der Wettbewerb sei zwar an sich positiv, nicht aber als Lebensprinzip für alle Bereiche. Für den verstorbenen Papst sei der Wurzelgrund die menschliche Freiheit gewesen, die wiederum im Wettbewerb ihren Ausdruck finde.

Wettbewerb ist ein Zivilisationsprodukt

Doch auch unabhängig von der christlichen Einstellung gibt es für Marx keine voraus-

setzungslose Marktwirtschaft. Der Wettbewerb sei keine naturgegebene Erscheinung, sondern ein hochentwickeltes Zivilisationsprodukt. Voraussetzung hierfür sei das richtige Menschenbild einer Gesellschaftsordnung und ein tragendes Wertegerüst. Viele hätten jedoch die falsche Vorstellung, dass sich Werte durch die Erneuerung von Lehrplänen schaffen lassen. Das zeige sich, wenn er mit Forderungen folgender Art konfrontiert werde: „Bischof, Sie müssen für Werte sorgen“. Marx hält dagegen, dass

„Überzeugungen nur in Generationen wachsen“. In der heutigen Zeit lasse sich dies auch nicht mehr rein national abhandeln. Eine ethisch akzeptable Marktwirtschaft sei nur möglich, wenn Demokratie und Rechtsstaat global realisiert werden. „China ist ein großes Problem in dieser Hinsicht“, mahnte er.

Auf nationaler Ebene gehöre auch der soziale Ausgleich in diese Ordnung. So dürfe kein Mensch ausgeschlossen werden, forderte Marx. Dieser Ausgleich sei jedoch mehr als die Zahlung von Transferleistungen: Wichtig sei auch die Verbesserung der Chancen.

Soziale Marktwirtschaft sei eine anstrengende Arbeit, bei der die Beziehungen zwischen Staat und Markt immer neu hinterfragt und mit dem Menschenbild verglichen werden müssen. „Gott hat uns geschaffen, weil er uns etwas zutraut, und nicht, weil er uns betreten will.“

Lebensverkomplizierungsgesetz

Der Abgeordnete Grübel zum (damals) neuesten Stand des Antidiskriminierungsgesetzes

Möglicherweise wird es in Deutschland bald ein neues Berufsbild geben: Den Bewerber. Die Rechtsgrundlage hierfür bilde das geplante Antidiskriminierungsgesetz (ADG), sagte der Bundestagsabgeordnete Markus Grübel jetzt bei einer BKU-Veranstaltung in Overath bei Köln.

von Peter Unterberg

Diese „Bewerber“ seien Menschen, die eigentlich gar keine Stelle suchen, sondern Bewerbungen in Serie schreiben, um bei Absagen eine Diskriminierung zu unterstellen und Schadenersatz einzukla-



Über die Folgen des ADG diskutierten MdB Markus Grübel (re.) und Kölns BKU-Vorsitzender Philipp Laufenberg.

Foto: Peter Unterberg

gen, sagte Grübel.

Der Entwurf zum ADG hat im BKU bereits für Unruhe gesorgt, wie eine Mitgliederumfrage zum Thema zeigte (s. BKU-Journal 1/05). Für Grübel ist dies ein „Lebensverkomplizierungsgesetz“, das nicht nur Minderheiten schüt-

ze: Schließlich sei jeder Mensch Mann oder Frau, alt oder jung und habe eine sexuelle Orientierung.

Wie Grübel berichtete, hat die Regierungskoalition unter dem Druck der Opposition und der Wirtschaft dem Gesetzentwurf mittlerweile eini-

ge Zähne gezogen. Entfallen sei etwa der Schadenersatz bei Benachteiligungen durch Dritte: Nach dem ersten Entwurf hätte ein Arbeitgeber seine Mitarbeiter selbst dann entschädigen müssen, wenn sie etwa durch Lieferanten oder Kunden diskriminiert werden. Die Kirchen konnten erreichen, dass Sie auch in Zukunft ihre Mitarbeiter nach Religionszugehörigkeit auswählen und sie dazu verpflichten dürfen, zentrale Aussagen der eigenen Lehre zu befolgen.

Was Grübel damals noch nicht wissen konnte: Das komplette Gesetz wird wohl im Strudel der Bundestags-Neuwahlen untergehen.

Lebensschutz muss von Anfang an gelten

Die Klon-Erfolge in Korea bedrohen wieder einmal die Menschenwürde der Embryonen

„Die jüngsten Erfolge koreanischer Wissenschaftler bei der Produktion embryonaler Körperzellen dürfen nicht als Alibi dienen, um das eindeutige Verbot des therapeutischen Klonens in Deutschland aufzuweichen,“ mahnt die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött, MdB.

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, sieht sich Bundeskanzler Gerhard Schröder durch die koreanischen Erfolge in seiner Absicht bestätigt, einen biopolitischen Kurswechsel einzuleiten. Damit stehe er jedoch im direkten Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit des Deutschen Bundestages, der vor einiger Zeit jede Art des Klonens verboten habe, sagte Dött.

Noch wurde kein Patient geheilt

„Bei aller Euphorie dürfen wir nicht vergessen, dass auch in Korea noch kein Patient ge-



heilt wurde, sondern lediglich kurzlebige Embryonalzellen nachgezüchtet wurden“, stellte Dött klar. Die vage Hoffnung, daraus Therapien zu entwickeln erlaube es nicht, menschliche Embryonen zu Forschungszwecken zu töten. „Das menschliche Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Von diesem Zeitpunkt an ist es auch ohne wenn und aber zu schützen“, forderte die CDU-Abgeordnete. „Wehret den Anfängen“, sagte Dött und

warnte, dass jeder Kompromiss in dieser Frage unweigerlich zu einem Dambruch führe. Wörtlich sagte sie:

- „Wenn der Lebensschutz nicht von Anfang an gilt, können wir die Frage nach dem Beginn menschlichen Lebens und der Menschenwürde bald nach Belieben diskutieren.“
- Wenn Import von und Umgang mit Stammzellen erlaubt wird, die vor einem bestimmten Stichtag gewonnen wurden, stelle sich

die Frage nach dem Nachschub, sobald diese verbraucht sind. Dann werden wir bald unter Hinweis auf Arbeitsplätze und medizinische Wunderdinge mit der Forderung nach Embryonnachschub konfrontiert.“

Losinger: Menschenwürde vor Wettbewerb

Unterdessen vermutet der neu in den Nationalen Ethikrat berufene Augsburger Weihbischof Anton Losinger, es gehe dem Kanzler wohl in erster Linie um wirtschafts- und forschungspolitische Wettbewerbsfähigkeit. Bei der Frage des therapeutischen Klonens sei aber vorrangig der Schutz der Menschenwürde zu beachten.

Die stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Maria Böhmer unterstellte dem Kanzler „biopolitische Doppelpässe“ mit SPD-Chef Franz Müntefering. Das Kanzleramt bezeichnete sie als „ethikfreie Zone“. *Unt/KNA*

Was ist der Mensch? - Mehr als seine Erbanlage!

Ini Berlin startete der Philosoph Honnefelder mit den Guardini-Vorlesungen

Mit einer Vorlesung zum Thema „Was ist der Mensch?“ hat der Bonner Philosoph Ludger Honnefelder im April seine Lehrtätigkeit an der neu eingerichteten „Guardini-Professur“ in Berlin begonnen.

In einem seiner Vorträge warnte Honnefelder davor, den Menschen allein durch seine Erbanlagen zu definieren. Der Mensch sei mehr als die Summe seiner genetischen Anlagen. Honnefelder wies zugleich auf mögliche Risiken

bei der Entwicklung der modernen Genforschung hin. Bislang seien die bahnbrechenden Erkenntnisse auf genetischem Gebiet begrifflich nicht hinreichend erfasst. Ferner bestehe die Gefahr, dass Eingriffe in das Erbgut zu einem Streben nach Perfektionierung und damit zu Selektion führten.

Die Professur für Religionsphilosophie und katholische Weltanschauung an der Berliner Humboldt-Universität knüpft an die Lehrtradition des katholischen Theologen und Philosophen Romano

Guardini (1885-1968) an, der von 1923 bis zur Aufhebung der Professur 1939 durch die Nationalsozialisten an der Hochschule tätig war.

Im vorigen Jahr wurde die auf zunächst fünf Jahre befristete Stiftungsprofessur auf Initiative der Guardini-Stiftung und mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Propter Homines und der Fürst-Franz-Josef-von-Liechtenstein-Stiftung errichtet. Der BKU unterstützt diese Initiative. Neben der Vorlesung für Hörer aller Fakultäten bietet Honnefelder

ein Seminar über Guardinis Schrift „Der Gegensatz“ an. Die Predigtreihe „Glauben in einer glaubenslosen Welt“ rundet die Veranstaltungen ab.

Honnefelder (69) lehrte Philosophie und Theologie in Trier, Berlin und Bonn und ist seit 2001 emeritiert. In Bonn leitet er das Institut für Wissenschaft und Ethik sowie das Deutsche Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften. Die Professur in Berlin ist an der Evangelisch-Theologischen Fakultät angesiedelt. ■

Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung

Zum ersten Juli hat sich die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung geändert

Der Presse ist es wortreich zu entnehmen: die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung sinken zum 1. Juli 2005 um 0,9 Prozent. Ein Grund zur allumfassenden Freude ist das trotz anderslautender Berichte jedoch nicht.

von Jutta Stüsgen

Denn mit der Senkung des Beitragssatzes werden Leistungen für Zahnersatz und Krankengeld zunächst aus dem Leistungsspektrum der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gestrichen.

Um auch in Zukunft Anspruch auf Leistungen dieser Art zu haben, sind die Versicherten verpflichtet, bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse eine Zusatzversicherung abzuschließen, deren Beitragssatz genau 0,9 Prozent beträgt.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt? Welche Auswirkungen diese Neuregelung kon-

kret hat, sei an einem Zahlenbeispiel verdeutlicht:

Arbeitnehmer AN verfügt über ein monatliches Bruttogehalt von 2 500 €. Bis zum 30. Juni betrug sein Anteil an der gesetzlichen Krankenkasse (und damit sein Abzug vom Gehalt) die Hälfte von 14,2 Prozent (Durchschnittsbei-

tragssatz der gesetzlichen Krankenkassen). Dies sind 177,50 €. Die andere Hälfte zahlt sein Arbeitgeber.

Zum 1. Juli sank nun der Beitrag der Krankenkasse auf 13,3 Prozent, somit beträgt der Abzug für AN die Hälfte von 332,50 € = 166,25 €. Das entspricht auch dem Arbeitge-

beranteil.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sparen somit jeden Monat je 11,25 €. Der Arbeitnehmer im Beispiel kann sich über seine Ersparnis jedoch nicht freuen, denn im Gegenzug muss er nun 0,9 Prozent von 2 500 € = 22,50 € im Monat mehr bezahlen für die Absicherung von Zahnersatz und Krankengeld.

Prinzipiell gilt das auch für Rentner, die sich ab 1. Juli 2005 auf eine geringere Rentenzahlung einstellen müssen.

Zusammenfassend kann man sagen: Der Krankenversicherungsbeitrag ist zum 1. Juli für den Arbeitgeber um 0,45 Prozent gesunken und für Arbeitnehmer oder Rentner um 0,45 Prozent gestiegen. Das ist der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Das kann man wollen, aber das muss man dann auch ehrlich sagen!!

Die Autorin ist Steuerberaterin und BKU-Mitglied.



§-Tipp: Unternehmer und Sozialversicherung

Rund eine Million mitarbeitende Familienangehörige in Deutschland bezahlen als angestellte Arbeitnehmer des Familienbetriebes regelmäßig Sozialversicherungsbeiträge und glauben, damit sozial abgesichert zu sein. Im Falle von Arbeitslosigkeit oder aber bei Eintritt in die Altersrente müssen sie dann jedoch feststellen, dass sie keine Leistungen erhalten, weil sie nachträglich als Mitunternehmer ohne So-

zialversicherungspflicht eingestuft werden.

Für alle Arbeitsverträge von Familienangehörigen, die vor dem 31. Dezember 2004 geschlossen wurden, sollte daher bei der Krankenkasse ein Feststellungsbescheid über die Versicherungspflicht erwirkt werden. In einem weiteren Schritt kann dann von der Agentur für Arbeit ein Zustimmungsbescheid eingeholt werden, an den diese für fünf

Jahre leistungsrechtlich gebunden ist.

Soweit es bereits zum Leistungsfall gekommen ist, die BfA Leistungen aber verweigern, können die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für die letzten vier Jahre und die Rentenversicherungsbeiträge für die letzten 30 Jahre zurückgefordert werden.

Für nach dem 1. Januar 2005 abgeschlossene Arbeitsverträge mit Familienangehörigen gilt mit Hartz IV folgendes: Ergibt sich aus der Meldung des Arbeitgebers an die Krankenkasse, dass der Beschäftigte ein Angehöriger des Arbeitgebers oder geschäftsfüh-

render Gesellschafter einer GmbH ist, so ist diese gesetzlich verpflichtet, bei der BfA die Feststellung eines sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnisses zu beantragen. Diese Feststellung der BfA ist gegenüber der Bundesagentur für Arbeit bindend für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses.

Informationen: www.handwerk-info.de oder www.ikk.de.
Die Autoren, Rechtsanwältin Annika Adams und Rechtsanwalt Michael Schulte Beckhausen, erreichen Sie unter www.ratundhilfe.de. Tel. 0221-205030

Neue Kolumne

An dieser Stelle startet eine regelmäßige Kolumne mit juristischen Tipps für Unternehmer. Betreut wird diese vom Bund Katholischer Rechtsanwälte (BKR). Anwälte aus dem BKU, die sich als Autoren beteiligen möchten, wenden sich bitte an BKU-Geschäftsführer Peter Unterberg, Tel. 02 21 / 2 72 37 - 0.

Mehr Geld für's Mitmachen

Sinns Notanker: Kommunen sollten Arbeitslose einstellen und verleihen

Der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat weitere Arbeitsmarktreformen und einen Ausbau des Niedriglohnssektors gefordert.

Von Martin J. Wilde

Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vertrat Sinn die Auffassung, dass Lohnersatzleistungen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II wie ein Mindestlohn wirkten. Alle diejenigen, deren Produktivität darunter liege, würden dadurch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. „Das Resultat ist die Massenarbeitslosigkeit.“ Der Wirtschaftsforscher plädierte dafür, das Arbeitslosengeld II weiter zu senken und im Gegenzug die Zuverdienstmöglichkeiten zu erhöhen. „Die Devise muss lauten: Mehr Geld fürs Mitmachen, weniger Geld fürs Nichtstun.“

Als Notanker für diejeni-



UND DOCH! - MANI PLAUMANN - ERFOLGSGESCHICHTE ICH-AG

gen, die auch dann keine Stelle finden, schlug Sinn kommunale Jobs vor, die in der Höhe des derzeitigen Arbeitslosengeldes II vergütet würden. Dabei sollten die Kommunen die Arbeitskräfte aber nicht selbst einsetzen, sondern „meistbietend über Honorarverträge an die private Wirtschaft verleihen“, und so einen Teil ihrer Ausgaben

wieder hereinholen. Der Ifo-Chef rechnet damit, dass entsprechende Honorarzahllungen der Wirtschaft etwa ein Drittel unter dem heutigen Lohnniveau liegen werden. Durch die Umstellung von Lohnersatz auf kommunale Lohnzuschüsse könne man aber Einkommensverluste am unteren Ende der Lohnskala vermeiden. ■

Wiemeyer für Niedriglohnsektor

Der katholische Sozialethiker Joachim Wiemeyer hat sich für einen Niedriglohnsektor in Deutschland ausgesprochen. Andernfalls blieben mehrere Millionen wenig qualifizierte Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, sagte er in einem Interview der „Verlagsgruppe Bistumspress“. Der Wissenschaftler rief die politischen Kräfte auf, eine umfassende sozial- und wirtschaftspolitische Strategie zu entwickeln. Die Kirchen müssten den gesellschaftlichen Konsens initiieren und fördern.

Der Niedriglohnsektor solle durch ergänzende staatliche Leistungen oder Entgeltzahlungen sozialverträglich gestaltet werden, sagte Wiemeyer, der christliche Gesellschaftslehre in Bochum lehrt. Der Sozialstaat sei in seiner gegenwärtigen Form angesichts der demografischen Entwicklung nicht durchzuhalten. KNA

Einspruch: Nicht nur auf Arbeitslosigkeit fixieren

Leserbrief zum Editorial „Vorfahrt für mehr Beschäftigung“

Zum Editorial „Vorfahrt für mehr Beschäftigung“ von Marie-Luise Dött, MdB, schreibt BKU-Mitglied Dieter Hirsmüller aus Wehr (DG Freiburg):

Seit Wochen hören wir allerorten die Botschaft „Vorfahrt für Arbeit“. Nun stimmt auch unsere Vorsitzende, Marie-Luise Dött, MdB, in den Chor mit ein und spitzt diese Aussage mit ihrer Formulierung „die Arbeitslosigkeit ist derzeit unser Problem Nummer eins“ noch zu (BKU-Journal 1/2005). Ich akzeptiere dies so nicht, Begründung:

Mit solchen Schlagzeilen

wird suggeriert, die Verantwortlichen müssten nur an den richtigen Stellschrauben drehen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Zudem wird bezahlte Arbeit zum Selbstzweck stilisiert. Wir wissen, dass Leben mehr ist als Beruf und Arbeit.

Mein wichtigstes Argument aber ist die Einschätzung, dass Arbeitslosigkeit und andere schwerwiegende Probleme (Altersvorsorge, Gesundheitswesen, Überschuldung, Bildungswesen) Symptome sind, wir uns aber für längerfristige Lösungen mit den Ursachen beschäftigen müssen.

Zu diesen Ursachen zähle

ich die Unwissenheit, gepaart mit ideologischen Verblendungen, zu Fragen von Menschsein und Persönlichkeit grundsätzlich, zu Gesellschaft und Wirtschaft. Auch die Mitverantwortung jedes Einzelnen für den Arbeitsmarkt müsste stärker betont werden.

Besonders schwer wiegen beängstigende Defizite bezüglich geistiger und geistlicher Fundamente. Aus Gesprächen mit vielen Führungspersonlichkeiten weiß ich, dass sie meistens voll gestopft mit beeindruckendem Detailwissen ihrer Disziplin sind, aber leer oder stark verunsichert zu fundamentalen Themen.

Natürlich gibt es keine einfachen Antworten auf die Fragen der Zeit. Dennoch: Mitverantwortung, Subsidiarität und Persönlichkeit sind „einfache“ Prinzipien (nicht immer leicht zu leben). Man muss sie aber kennen, um sie zu leben. So wünsche ich mir, auch vom BKU, dass wir noch mehr als bisher Menschen, besonders auch außerhalb unserer Klientel, zu Wissenden und Verstehenden machen. Wie anders können wir uns unterscheiden von der Oberflächlichkeit, dem effekthaschenden Geschwätz des Zeitgeistes, leider auch von vielen, die als „Vorbilder“ gelten sollten. ■

Erfolgsmodell Ehe - Die Magie des Trauscheins

BKU-Berater Prof. Dr. André Habisch bei der DG Stuttgart

Seit langem ist bekannt, dass die Vereinbarkeit von Ehe und Familie mit dem Beruf immer wichtiger wird. Mit großer Spannung erwartete daher die DG Stuttgart, warum der Wissenschaftliche Berater des BKU, Prof. Dr. André Habisch, die Ehe sogar als Erfolgsmodell für unsere Gesellschaft betrachtet.



Habischs Ausführungen basierten auf seinem Buch *Erfolgsmodell Ehe; Olzog-Verlag München 2004 128 Seiten, € 12,50.*

von Prof. Ernst Hagenmeyer

Ein herausragender Ort der verbindlichen Mitverantwortung für andere Menschen ist auch im 21. Jahrhundert noch die eheliche Partnerschaft. Zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen, dass Männer und Frauen auf vielfältige Weise von jenen Solidarleistungen profitieren, die sie füreinander in der Ehe erbringen. Verheiratete Menschen leben im Durchschnitt länger

und zufriedener, sie sind beruflich leistungsfähiger und erfolgreicher, werden schneller mit gesundheitlichen Krisen fertig und verfügen im Durchschnitt über mehr Geld als Singles und unverheiratete Paare.

Von der Solidarität in der

Ehe profitieren auch die Unverheirateten: Sie haben ein Interesse daran, in einem Gemeinwesen mit möglichst vielen funktionierenden Ehen zu leben. Wo Ehepaare subsidiär Verantwortung füreinander übernehmen, da muss die Solidargemeinschaft seltener finanziell einspringen. Kinder profitieren psychisch ebenso wie finanziell von einer ehelichen Bindung der Eltern. Hier liegt in einem pluralistischen Gemeinwesen eine wichtige Legitimation für den besonderen staatlichen Schutz von Ehe und Familie.

Erst ein Eheschluss gibt den Partnern jene wechselseitige Erwartungssicherheit, die „Investitionen in die Beziehung“ freisetzt und damit auch ganz handfest zur Entwicklung einer stabilen Partnerschaftskultur beiträgt. Konkret gesagt: Erst wenn ich weiß, dass dieser Partner auch mor-

gen noch mit mir leben wird, lohnt es sich, Freizeitgewohnheiten für sie/ihn zu verändern oder größere Investitionen zu tätigen. Dagegen heiraten Paare ohne Trauschein gerade deshalb häufig nicht, weil sie sich ihrer Beziehung nicht sicher sind.

Fazit: Die rechtliche Kastration der gesellschaftlichen Institution Ehe, wie wir sie gegenwärtig als schleichenden Prozess erleben, ist ein weiterer gefährlicher Schritt weg von der Solidarbereitschaft.

Den äußeren Rahmen bildeten die Räume der Firma Balluff in Neuhausen auf den Fildern, einem Weltmarktführer für Sensoren. BKU-Mitglied Rolf Hermle, geschäftsführender Gesellschafter bei Balluff, stellte zur Einführung seine Firma vor und gab einen bemerkenswerten Einblick in die Grundsätze und Ziele seiner Unternehmensführung. ■

Arbeitslosenversicherung an das Risiko koppeln

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft stellt ein neues Modell vor - Arbeitgeber entlasten

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat ein Modell für eine private Arbeitslosenversicherung vorgestellt.

Das Modell sieht für die Arbeitnehmer eine private

Versicherung des Risikos des Einkommensausfalles und für die Arbeitgeber Beiträge in einen Arbeitslosenversicherungsfonds vor. Die Versicherungsprämie hängt nicht mehr von der Einkommenshöhe ab,

Anzeige

sondern vom individuellen Arbeitslosigkeitsrisiko und der gewünschten Höhe und Bezugsdauer der Lohnersatzleistungen. Die Dienstleitung der Arbeitsvermittlung soll dabei ebenfalls über die privaten Versicherer organisiert werden, da diese ein Interesse daran haben, Leistungsempfänger so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen.

Die Arbeitgeber zahlen eine Abgabe in einen Arbeitslosenversicherungsfonds ein, deren Höhe ähnlich wie in Amerika von ihrer Personalpolitik abhängt. Bauen sie Stellen ab, ist die Abgabe höher, schaffen sie neue Stellen verringert sich die Abgabe. Aus dem Fonds sollen nach amerikanischem Beispiel aber

auch den Unternehmen Beschäftigungsprämien gezahlt werden, die überdurchschnittlich viele neue Stellen schaffen.

Die beiden Autoren der Studie, Hans Glismann und Klaus Schrader hoben gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Vorteile des Modells hervor: „Eine private Arbeitslosenversicherung dürfte den Arbeitnehmern kräftige Anreize geben, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, da geringere Risiken deutlich niedrigere Prämien zur Folge haben als hohe Risiken.“ Über die Teilnahme an Qualifizierungsprogrammen oder eine stärkere Mobilität könnten die Prämien weiter gesenkt werden. *M.J.Wilde*

<p>Sonder-Edition: Papst Johannes Paul II Als Dank und zur Erinnerung Anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II bietet die Firma HERZ in limitierter Auflage eine ca. 35 cm große Bronzeskulptur des Papstes als Gedenkstück an. Schöpfer der Skulptur ist der bekannte kanadische Künstler Dr. h.c. Lee Mol, der mit seinen Werken in zahlreichen Galerien der Welt vertreten ist. Die Skulptur des verstorbenen Papstes steht in Lebensgröße in Altötting. Begrenzte Auflage! Preis inkl. MwSt.: 1.980,00 €</p> <p>HERZ-Steinbildhauerei Hanserschlössle 54, 45891 Gebenkirchen-Baar Telefon: 0284 / 780 95 0; Fax: 0284 78095 34</p>	
--	---

Den Glauben nicht „Verkaufen“

Dieter Hirsmüller widerspricht Daniel Langhans

Die Kolumne „Verkaufen - wirtschaftlich und theologisch“ von Daniel Langhans hat BKU-Mitglied Dieter Hirsmüller (DG Freiburg) zur folgenden Stellungnahme veranlasst.

Es sträubt sich einiges in mir, wenn ich im Zusammenhang mit christlicher Spiritualität von „Verkaufen“ höre. Sogenannte Marketing-Experten wollen uns seit Jahren (ich kenne dies aus Zeiten meiner Verleger-Tätigkeit) weismachen, Glaube und Religion müssen nur richtig verpackt und verkauft werden. Dies ist ein Irrtum und auch eine Herabwürdigung unseres großen Schatzes „Glaube an Christus“ zu einer Ware. Daniel Langhans hat dies vermutlich auch



so nicht gemeint.

Aber auch die Formulierung „die Zielgruppe habe einen Preis zu bezahlen“, etwa in Form von Einschränkungen und Verzicht ist irreführend und einseitig. Der Glaube an die Botschaft Christi bedeutet nach meinem Gottes- und

Christusbild weniger Verzicht, als vielmehr Geschenk (sogar umsonst in einer Welt der Zwecke). Er ist eine Vergünstigung in Form von Freiheit und Freude – auch schon hier auf der Erde! Und er schenkt uns etwas, wonach sich so viele sehen: Lebenssinn.

Ich denke für Verkündigung und Weitergabe des Glaubens sind nicht Verkäufer gefragt, sondern glaubwürdige Zeugen der christlichen Botschaft. Und Glaubwürdigkeit bedarf keiner großen Worte und Begründungen. Sie kann nicht gekauft und nicht verkauft werden. „Christus nimmt nichts und gibt alles“, sagt Benedikt XVI. ■



Wolfgang Ockenfels: Zwischenruf

Papst Benedikt und der Frieden

Die Namenswahl eines Papstes ist nie rein zufällig, sondern Ankündigung eines Programms. So lässt der Name des neuen Papstes auf ein gutes Omen für Dialog und Frieden schließen.

Offensichtlich sind vernünftiger Dialog und soziale Gerechtigkeit einander zugeordnet, und beide sind unentbehrlich für die Friedenspraxis. Diese Erkenntnis zeichnet auch die Enzyklika „Pacem in terris“ (1963) aus, mit der Johannes XXIII. den Frieden als Leitidee der Katholischen Soziallehre vorstellte. Viele und allzu hohe Erwartungen richten sich nun auf den neuen Papst, die leicht enttäuscht werden können, wenn es um die politische Herstellung des

„Friedens auf Erden“ geht. Es gibt kaum ein Wort, das die tiefste menschliche Sehnsucht besser bezeichnete als das Wort „Frieden“. Die Begriffsinhalte unterscheiden sich jedoch nach politischem, ideologischem und religiösem Standort. Darum ist dieser Begriff ständig der Manipulation und Demagogie ausgesetzt. Das letzte Jahrhundert liefert einige Beispiele für totalitäre Systeme, die ihre eigenen Vorstellungen von „Friedensordnung“ anderen mit Gewalt aufzuzwingen versuchten.

Im Mittelpunkt einer christlich verstandenen „Friedensmission“ hätte freilich zunächst die Erkenntnis und die Beseitigung der Ursachen von Terror und Krieg zu stehen. Frieden ist ja mehr als das Fehlen von Krieg, Friedens-

politik mehr als nur die Eindämmung von ungerechter, brutaler Gewalt durch Gegengewalt, wengleich diese Form militärischer Verteidigung unter den Bedingungen der Lehre vom „gerechten Krieg“ auch christlich legitimiert erscheint.

Augustinus hatte freilich vor allem einen positiven Friedensbegriff im Sinn. Demnach ist Frieden eine dynamische Ordnung, eine geordnete Entwicklung in Richtung auf mehr Wahrheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Diese Prinzipien einer positiven Friedensordnung werden seit „Pacem in terris“ fast immer genannt, wenn sich die Kirche zu Fragen des Friedens äußert.

In der Missachtung der genannten Grundwerte liegt die eigentliche Ursache des Un-

friedens. Terror und Krieg sind demnach Folgen und Symptome dieser Verkennerung. Die Frage ist nun, ob eine Verständigung über die Grundwerte des Friedens zwischen den westlichen, christlich geprägten Kulturen und jenen, die etwa islamisch dominiert sind, überhaupt möglich ist. Denn der Friede zwischen den beiden „Systemen“ scheint eben auch von der Möglichkeit einer schrittweisen Einigung auf einen gemeinsamen Grundwertbestand abzuhängen. Schließlich darf man Joseph Ratzinger zitieren: „Wir müssen wieder zu einer größeren Vernünftigkeit kommen, in der der Glaube nicht irrational ist.“ Mit diesem Satz wird angedeutet, wie künftig der Dialog um den Frieden zu führen ist.

Werte - Soft Fact oder messbarer Erfolgsfaktor?

Studie untersucht den Zusammenhang – BKU-Grundsatzausschuss ruft zur Teilnahme auf

Lässt sich der Zusammenhang zwischen Werteorientierung und Unternehmenserfolg empirisch belegen? Ja, glauben die Initiatoren einer Studie, die vom BKU-Grundsatzausschuss unterstützt wird.

von Ralf Birkner

Eine breite öffentliche Werte-Debatte um die Grundlagen der gesellschaftlichen Verantwortung ist in vollem Gange. Mit unterschiedlichen Konzepten und Glaubensfragen stehen sich Politik und Wirtschaft gegenüber: Shareholder Value, Kapitalismus-Kritik, Sustainability, Soziale Verantwortung ...

Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stellen die Frage nach den „richtigen“ Werten. Werte, die in Unternehmen gelebt werden, und nach denen Mitarbeiter und Management denken und handeln, stellen einen wichtigen Faktor für den Unternehmenserfolg oder Misserfolg dar.

Kontrolle und andere Erfolgs-Killer

Die durch Macht geprägte Unternehmenskultur im mittleren Management deutscher Unternehmen erreicht vor allem eines: Es wird viel gearbeitet. Mit Pflichtgefühl, Verantwortungsbewusstsein und hohem Engagement sind 90 Prozent der Mitarbeiter bereit, mehr als nötig für den Erfolg der Firma zu tun. Doch in sechs von zehn Unternehmen überträgt das Management zuviel Verantwortung auf den Einzelnen, kontrolliert zu viel, fördert eine Arbeitskultur mit ausgeprägter Routine, setzt auf feste, hierarchische Strukturen und wirkt damit regel-

recht als „Erfolgs-Killer“.

Eine „richtige“ Unternehmensführung stellt nicht Kapitalziele als Vision oder Mission in den Vordergrund, sondern menschliche Leistungen, Produkte und Nutzen oder den Kunden. Eine solche Werteorientierung hat Einfluss auf das Verhalten der Mitarbeiter und Einfluss auf die Leistung und damit auf den Erfolg des Unternehmens.

senschaftler aus Bonn und St. Gallen wollen nachweisen, dass christliche Grundsätze und Tugenden im unternehmerischen Kontext nach Erfolg versprechenden Ergebnissen ihrer bisherigen Studien einen belegbaren Zusammenhang zum Geschäftserfolg aufweisen.

Die Frage, wie stark sich der Zusammenhang zwischen gelebten Werten und Unter-

erfolgreiche Leitkultur für die Wirtschaft sein kann.

BKU-Mitglieder: wertvolle Beiträge liefern

Der BKU-Grundsatzausschuss möchte die Untersuchung in Unternehmen unterstützen. Der Ausschuss ruft daher Unternehmer aus dem Kreis der Mitglieder dazu auf, einen „wert“-vollen Beitrag



Zum Auftrag des BKU gehört seit jeher, die am christlichen Menschenbild orientierte Werte in die Wirtschaft zu tragen. Die BKU-Mitglieder sind überzeugt, dass nachhaltig erfolgreiches Wirtschaften auf der Grundlage christlicher Werte der richtige Weg ist. Wer Erfolg hat, mit und aufgrund dieser Maxime, handelt damit auch ethisch korrekt.

Die Suche nach den „richtigen Werten“

Bei der Antwort auf die aktuelle Frage nach den richtigen Werten kann eine Untersuchung unterstützen, die derzeit in Zusammenarbeit mit der Universität St. Gallen realisiert wird. Berater und Wis-

senchaftler tatsächlich darstellt, war Gegenstand einer wissenschaftlichen Grundlagenforschung von deep White und dem MCM Institut der Universität St. Gallen in 33 Unternehmen im Jahre 2004. Erstmals wurde ein messbarer Zusammenhang zwischen dem gelebten Wertesystem von Unternehmen - einzelne Werte und Wertecuster - und dem erreichten Unternehmenserfolg aufgezeigt. Wertekultur als Soft-Fact lässt sich messen in Qualität der Arbeit, Mitarbeiter-Bindung und Kunden-Zufriedenheit.

Die Studieninitiatoren und der BKU erwarten von den Ergebnissen den wissenschaftlichen Nachweis, dass die christliche Wertekultur eine

zur aktuellen Wertedebatte einbringen. Gemeinsames Ziel der Kooperationspartner ist eine praxisnahe Hilfestellung zum erfolgsorientierten Wertemanagement in großen und kleineren Unternehmen.

BKU-Mitglied Christiane Underberg geht mit gutem Beispiel voran und übernimmt eine Pilotfunktion, kirchliche Unternehmen haben bereits nachgezogen. Es fehlen jedoch einige engagierte Unternehmer/Manager, die bereit sind, ihre gelebte Wertekultur durch eine firmeninterne Befragung mit geringem Zeitaufwand und einer pauschalen Kostenbeteiligung in ihrem Unternehmen erfassen zu lassen.

Weitere Informationen und Kontaktdaten finden Sie unter www.deep-white.com.

Seit fünf Jahren im Unruhestand

BKU-Berater Prof. Dr. Lothar Roos feiert seinen 70. Geburtstag

Er ist ein Prototyp des „Unruheständlers“: Der Geistliche Berater des BKU, Prof. Dr. Lothar Roos, der am 12. Juli seinen 70. Geburtstag feiert.

von Peter Unterberg

Nach seiner Emeritierung im Jahr 2004 hat sich Roos nicht etwa zur Ruhe gesetzt, sondern postwendend eine neue Aufgabe übernommen: An der Universität Kattowice in Polen beteiligte er sich am Aufbau einer Theologischen Fakultät für die Schlesische Universität. Seither hieß es bei Terminabsprachen im BKU immer wieder: „Da kann ich nicht teilnehmen, da bin ich in Polen!“ Diese Früchte dieser Aufbauarbeit konnte er jetzt an einen polnischen Nachfolger übergeben.

Theologie und Wirtschaft

Dass damit die Langeweile einkehrt, oder Roos mehr Zeit für seine gärtnerischen Hobbys findet, ist jedoch nicht zu erwarten: Dafür wird schon



Jubilar Prof. Dr. Lothar Roos (re) mit dem Kölner Weihbischof Norbert Trelle bei seiner Emeritierung vor einigen Jahren.

sein Einsatz für den BKU sorgen, der seit mehr als 20 Jahren auf seine fachkundigen Beiträge zu allen Aspekten der Katholischen Soziallehre setzt. Nach wie vor ist der Jubilar auch als Dekan der Gustav-Sievert-Akademie im Studiengang Familienwissenschaft in Bierbronne tätig.

Lothar Roos wurde am 12. Juli 1935 in Karlsruhe geboren. In Freiburg/Breisgau, Luzern und in St. Peter bei Freiburg studierte er Philosophie und Theologie. Nach Priesterweihe und Vikariat schloss er ein Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Studium in Freiburg an. 1969 promovierte er

über „Demokratie als Lebensform“ zum Doktor der Theologie. Im Januar 1975 wurde er zum Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik in Mainz berufen. 1979 wechselte er auf den Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre und Patoralsoziologie an der Universität Bonn.

Der Seelsorger

Durch die Vermittlung des Geistlichen Beraters des BKU, Prof. Wilhelm Weber, wurde Roos 1984 ebenfalls in dieses Amt berufen. Seither hat er als Redner zahlreicher Veranstaltungen und als Autor unzählige

Publikationen die Inhalte des BKU maßgeblich mit bestimmt. Als Seelsorger kennen ihn zudem die Teilnehmer der jährlichen Einkehrtage in Neresheim sowie Christen in Mosbach in seinem Heimatbistum Freiburg, wo er nach wie vor tätig ist.

Wer Roos näher kennt, weiß seine ruhige Art und seinen feinen Humor zu schätzen, mit dem er die Zeitläufte kommentiert. Auf dem festen Fundament seines Glaubens stehend mischt er sich mit Zeitungsartikeln, Leserbriefen und Broschüren ins Tagesgeschehen ein.

In einem Interview mit der Tagespost wurde Roos vor einigen Jahren gefragt, warum er Christ sei. Als Antwort zählte er zahlreiche Menschen auf, die ihm geholfen haben, seinen Glaubensweg zu gehen - angefangen von den Eltern, die mit der ganzen Familie „jeden Sonntag ganz selbstverständlich zur Kirche gingen.“ Vielen Menschen, nicht nur im BKU, gibt er vieles von dem weiter, was er auf diese Weise empfangen hat. ■

Leffers führt den BKU im Rhein-Main-Gebiet

Ein echter Commerzbanker - Vorgänger Vester kandidiert für den Bundesvorstand

Burkhard Leffers ist zum neuen Vorsitzenden der BKU-Diözesangruppe Rhein-Main gewählt worden.

Leffers löst Bernhard Vester jr. ab, der im Oktober auf Vorschlag der Gruppe für den BKU-Bundesvorstand kandidieren wird. Stellvertretender DG-Vorsitzender bleibt Hans Neff. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde der Vorsitzende der örtlichen Juniorengruppe, Dr. Bernd Kreuter.

Burkhard Leffers ist Jahrgang 1948, verheiratet und hat drei Kinder. Der neue Diözesanvorsitzende ist durch und durch „Commerzbanker“. Seit dem Abitur im Jahr 1967 arbeitet der Sprössling der bekannten Textilkaufmannsfamilie in dieser Bank. Über 15 Jahre arbeitete Leffers dann im Investment-Banking und war in diesem Bereich für Aktivitäten der Bank in Europa, Afrika und Lateinamerika verantwortlich, - Englisch, Französisch und Spanisch spricht



Commerzbanker und DG-Vorstand: Burkhard Leffers Foto: Commerzbank

er seither fließend. Von 1997 bis 2001 leitete er die für Frankreich zuständige Com-

merzbank Filiale in Paris. Dort lernte er den französischen Schwesterverband des BKU, EDC, kennen und trat bei seiner Rückkehr nach Deutschland dem BKU bei. Bis 2004 war er anschließend Regionalvorstand der Commerzbank AG mit Verantwortung für das Firmenkundengeschäft in Süddeutschland und ist nun verantwortlich für das kapitalmarktnahe Geschäft mit international tätigen Unternehmen und die Filiale der Commerzbank in London. ■

Lohaus-Selmer gibt Junioren-Vorsitz ab



Martina Lohaus-Selmer (Bild) hat ihr Amt als Bundesvorsitzende der BKU-Junioren aufgegeben. Hintergrund der Entscheidung sind berufliche Gründe. Ihr Engagement für die Juniorengruppen in München und Münster ist von der Entscheidung nicht betroffen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für das Engagement von Lohaus-Selmer.

Adenauer führt die ASU

BKU-Mitglied Dr. Patrick Adenauer ist zum Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) in Bonn gewählt worden.

Der 44-jährige geschäftsführende Gesellschaft der Bau- und Immobiliengeschäft Bauwens in Köln ist ein Enkel des ersten deutschen Bundeskanzlers. Als wichtigste Forderungen im neuen Amt nannte Adenauer die Abkoppelung der Sozialen Sicherung von den Lohnkosten sowie ein Steuersystem, das Unternehmern und Bürgern „wieder Luft zum Atmen gibt“. Zudem setzt er sich für ein flexibles Tarif- und Arbeitsrecht ein. Die ASU vertritt rund 6 000 Eigentümer- und Familienunternehmen.

Im Vorstand von Bayer und BKU

BKU-Mitglied Helmut Loehr zum 70. Geburtstag

Ein prominentes BKU-Mitglied hat im Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert: **Helmut Loehr**, ehemaliges Vorstandmitglied beim Leverkusener Chemiekonzern Bayer.

Löhr wurde 1935 in Frankfurt geboren und studierte Rechtswissenschaften in München und Bonn. Nach drei Jahren als Anwalt begann im Juni 1966 seine Karriere bei Bayer in Leverkusen. Dort begann er als Jurist im Finanzsekretariat und leitete bereits



Helmut Loehr Foto: Bayer AG

1974 das gesamte Finanzwesen des Unternehmens. Über die Mitgliedschaft im Vorstand der Bayer-Tochter Agfa (ab 1980) gelangte er mit Wir-

kung zum 1. Februar 1986 in den Bayer-Gesamtvorstand. Im Mai 1997 wurde er pensioniert.

Von November 1987 bis Oktober 1993 gehörte Löhr dem BKU-Bundesvorstand an. Dort engagierte er sich unter anderem für die Kontakte zur internationalen Vereinigung christlicher Unternehmerverbände (UNIAPAC). Im Bistum Köln hat er zudem viel Zeit in den Dialog zwischen dem BKU und den anderen katholischen Sozialverbänden investiert. ■

Runde Geburtstage

40 Jahre

Hendrik Fuchs, Radebeul
Klaus Horster, Bad-Soden
Roland Farhat, Ingelheim
Ansgar Rother, Bonn
Eva Steiger, Laaber
Urban Lezon, Hamburg
Dr. Marcus Dahmen, Düsseldorf
Jörg Hemmerle, Aachen
Dr. Max Padberg, Frankfurt
Jürgen Schulte Laggenbeck, Wermelskirchen

50 Jahre

Juliane Wefers, Oldenburg

Richard Schütze, Berlin
Jan Lube, Aachen
Christine Rothe, Halle
Dr. Maria Apel, Recklinghausen
Michael Lorenz, Köln
Bernhard Vester, Mainz

60 Jahre

Bernt Renzenbrink, Bersenbrück
Dr. Adolf Bauer, Würzburg
Eva-Maria Sieringhaus, Georgenthal
Dr. Heinrich Meinhard Stindt, Leverkusen
Gisela Pieron, Bocholt
Wolf-Peter Wirsing, Düsseldorf

Hans Schuhmann, Leverkusen
Hans-Dieter Joos, Pulheim

70 Jahre

Franz Josef Wolf, Bad-Soden-Salmünster
Helmut Loehr, Leverkusen
Prof. Dr. Lothar Roos, Bonn
Helmut von Achten, Dortmund

80 Jahre

Prof. Dr. Eduard Schmäing, Ludwigshafen-Ruchheim
Robert Eiter, Köln
Walter Steinrück, Köln
Adolf Becker-Flügel, Montabaur

Unternehmer im BKU

Der ehemalige Personalchef der Firma Mauser, **Robert Eiter**, feiert am 10. Juli seinen 80. Geburtstag.

Kurt Dohle, BKU-Mitglied und Beiratsvorsitzender der Dohle-Handelsgruppe (Hit-Märkte), hat sein 70. Lebensjahr vollendet.

Reinhard Nixdorf, Redakteur bei der Katholischen „Tagespost“ und gern gesehener Stammgast bei BKU-Tagungen, hat sich als mo-

derner Vater gezeigt: Nach der Geburt seiner Tochter Kerstin verabschiedete er sich für ein halbes Jahr in die Babypause.



der ehemalige Oppositionsführer im

BKU-Mitglied **Helmut Linssen** hat einen großen Karriere-sprung gemacht: Als neuer Finanzminister verstärkt der ehemalige

Düsseldorfer Landtag jetzt das Kabinett von Jürgen Rüttgers.

Der Vorsitzende der DG Paderborn, **Ferdinand Klingenthal**, ist neuer Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes Ostwestfalen-Lippe. In seinem neuen Amt stellte sich der Inhaber des Textilhauses Klingenthal mit deutlichen Worten vor und kündigte harte Auseinandersetzungen mit „Wirtschaftsfeindlichkeit im Grünen Gewand an“.

Mitarbeiter wären fit für Weltmeisterschaft

Unternehmer im BKU: Die Firma Capaul von Ludwig Henkes produziert Dreh- und Frästeile

Einen erfolgreichen Mittelständler hat die Diözesangruppe Aachen jetzt besucht: Im belgischen Eupen produziert BKU-Mitglied Ludwig Henkes mit seiner Firma Capaul Präzisionsmechanik.

von Peter Unterberg

An den Fräsmaschinen von Capaul entstehen in Kleinserien Hydraulikteile für so unterschiedliche Produkte wie Flugzeugtriebwerke, medizinische Geräte oder Straßenbahn-Fahrwerke. Den Erfolg dabei erklärt Inhaber Ludwig Henkes mit der „hohen Reaktivität“: Seine 46 Mitarbeiter seien in der Lage, die Maschinen in Rekordzeit zu programmieren. Damit könne er Kleinserien sehr schnell abarbeiten, was mit guten Preisen honoriert werde.

Als Henkes das Unternehmen im Jahr 1988 übernahm, steckte Capaul in einer Krise. Dass es seitdem ständig bergauf ging, liegt auch daran, dass 85 Prozent der Mitarbeiter im eigenen Hause ausgebildet wurden und als Gesellen innerhalb weniger Jahre entweder auf Meisterniveau gebracht werden oder das Unternehmen verlassen. „Mit einigen meiner Leute würde ich gern mal an einer Weltmeister-



Gastgeber der DG Aachen: Ludwig Henkes (rechts) führt seine Diözesangruppe durch den heimischen Betrieb.

Foto: Peter Unterberg

schaft teilnehmen, wenn es so etwas gäbe“, sagt Henkes zuversichtlich.

Arbeiten unter dem Kreuz

Der Geist des Unternehmens zeigt sich bei der Besichtigung: Im Betrieb hängt ein Kreuzifix aus Edelstahl - entstanden an den eigenen Drehbänken. Henkes und seine Mitarbeiter duzen sich, zu jedem kann der Chef Persönliches berichten. Um die Männer zu motivieren, nimmt er sie gern mit auf Dienstreisen. Dass bislang noch keine Frau an den Drehbänken steht, liegt

nicht an Henkes. Bislang haben sich aber nur zwei Damen um einen Ausbildungsplatz beworben: Die eine sei an der Aufnahmeprüfung gescheitert, die andere entschied sich nach einem Praktikum für eine Schlosserlehre, die Capaul jedoch nicht anbietet.

Das Problem, gute Auszubildende zu finden, gibt es auch in Belgien: Viele Bewerber scheitern am Mathematikteil der hausinternen Aufnahmeprüfung. Aber wer keinen Dreisatz beherrsche, könne kaum eine Drehbank programmieren, meint Henkes.

Da es in der Produktion um Genauigkeiten im Bereich von

Millimeter-Bruchteilen geht, hat er ein Qualitätsmanagement eingeführt, das Termintreue, Genauigkeit, Kosten - und „den Menschen im Mittelpunkt“ bewertet. Während die ersten drei Kriterien leicht messbar sind, geht es im vierten Bereich um einen ständigen Diskussionsprozess. Dazu heißt es in den Leitlinien: „Die Schaffenskraft und das menschliche Miteinander zu fördern, gehört zu unseren täglichen Herausforderungen“.

Vor wichtigen Weichenstellungen

Mittlerweile stößt das Wachstum des Unternehmens an eine kritische Grenze: Mit mehr als 50 Mitarbeitern müsste ein Betriebsrat her. „Da werde ich mich kaum von 46 auf 53 Leute vergrößern“, sagt der Unternehmer. Wenn er also weiter expandiert, dann gleich in größerem Stil. Dann jedoch werde sich der persönliche Stil und die hohe Flexibilität des Betriebes nicht mehr halten lassen, fürchtet er. Henkes selbst möchte ohnehin in zehn Jahren nicht mehr in der Firma arbeiten. Möglicherweise nimmt dann einer seiner drei Söhne die Mitarbeiter mit auf Dienstreisen. ■

Ordnungspolitiker aus der Schule von Müller-Armack

Zum 70. Geburtstag von Prof. Ronald Clapham – Begleiter des BKU-Arbeitskreises Entwicklung

Professor Dr. Roland Clapham hat seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Professor Dr. Ronald Clapham begleitet seit vielen Jahren den BKU-Arbeitskreis Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit. Der ge-

bürtige Berliner kam zum Studium der Volkswirtschaftslehre nach Köln, wo er bei Alfred Müller-Armack 1964 promovierte und 1972 habilitiert wurde. Von 1976 bis 2000 war er Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Siegen, wo die Wirtschaftsord-

nungstheorie und -politik sowie die Wettbewerbstheorie und -politik ebenso zu seinen Forschungsschwerpunkten gehörten wie die Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. Über viele Jahre beriet Clapham auch die bischöfliche Commission Justicia et

Pax hinsichtlich der Armutsorientierung der Entwicklungspolitik.

Bis heute gehört Clapham zahlreichen wirtschaftspolitischen Vereinigungen an, etwa der Gesellschaft für Sozialpolitik und dem Vorstand der Joseph-Höfner-Gesellschaft.

Verstorbene

An der Bundestagung in Frankfurt nahm er noch mit seiner Familie teil. Jetzt ist BKU-Mitglied **Hansjörg Mann** aus Oldenburg im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer schweren Krankheit gestorben. Mann war geschäftsführender Hauptgesellschaftler der Textilhäuser Leffers in Oldenburg und Leer sowie Lott in Lippstadt. „Mit seinem innovativen Denken und Handeln, seiner Entscheidungsstärke und vor allem seiner vorbildlichen Persönlichkeit prägte er über 40 Jahre das Unternehmen,“ würdigten die Mitarbeiter ihren „fordernden, aber auch fördernden und vor allem sehr gerechten Vorgesetzten“. Der Verstorbene engagierte sich im Bundesverband des deutschen Textileinzelhandels für den Erhalt des Mittelstandes in dieser Branche und für den innerstädtischen Handel. Vor rund zwei Jahren gründete er eine Stiftung zur Förderung hochbegabter und benachteiligter Kinder. Im Alter von 73 starb BKU-Mitglied **Ludwig Ernst** aus Aachen. Der ehemalige Journalist stammt aus einer Herausgeberfamilie der Aachener Zeitung. Seit rund 20 Jahren gehörte Ernst auch zum festen Kreis der Himmeroder Besinnungstages.

Albert Wilhelm Semer aus Merzenich-Girbelsrath (DG Aachen) ist im Alter von 85 Jahren verstorben. Die DG Regensburg trauert um ihr Mitglied **Johannes Fackler** aus Grafenwöhr, der 73 Jahre alt wurde. Spediteur **Karl Elsen** aus Wittlich/Mosel hat im Alter von 85 Jahren seine letzte Reise angetreten.

Innovative Ideen für mehr Arbeit

Zum 60. Geburtstag von BKU-Vorstandsmitglied Prof. H.M. Stindt

Aus seiner Feder stammen zahlreiche innovative Ideen für mehr Beschäftigung: BKU-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Heinrich M. Stindt, der am 9. Juni seinen 60. Geburtstag feierte.

Seit dem Sommer 2002 leitet der promovierte Jurist die Abteilung Strategie und Politik im Bereich der International Human Resources und Organisation in der Bayer-Konzernzentrale in Leverkusen. In den Jahren davor zeichnete er verantwortlich für das Arbeits- und Sozialrecht im Konzern.

Somit war er prädestiniert für die Leitung des BKU-Arbeitskreises „Zukunft der Arbeit“, der im Jahr 1996 eine erfolgreiche Beispielsammlung für beschäftigungsfördernde



Innovative Beschäftigungsideen stammen aus der Feder von BKU-Vorstand Prof. Dr. Heinrich M. Stindt.

Maßnahmen herausgegeben hat. Viele seiner Ideen indes wurden nicht nur publiziert, sondern auch in die Praxis umgesetzt: So war Stindt

Hauptinitiator für die Altersteilzeit statt Frühruhestand und das Transfer-Sozialplan-Konzept. Zudem gab er den Anstoß für eine neue Art der Beschäftigungsberatung durch die Arbeitsämter. BKU-Mitglieder kennen auch sein Modell „80 Plus“, das mit flexibler Arbeitszeit und Entlohnung bilaterale Bündnisse für Arbeit zwischen einzelnen Arbeitnehmern und ihren Unternehmen ermöglicht.

Für diese und andere Anregungen ist Stindt im Februar 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Besonders stolz ist er auch auf seinen „persönlichen Beitrag zur Stabilisierung des Rentensystems“: Mit seiner Frau Johanna hat er fünf Kinder. *Unt*

Holzbau-Pionier aus dem Saarland

Josef Schuh feierte seinen 75. Geburtstag

Josef Schuh, Saarländer aus von Geburt und aus Leidenschaft, ist am 12. Mai 75 Jahre alt geworden. Weit gefehlt, wer da glaubt, der BKU oder die Baubranche müssten künftig auf ihn verzichten.

Über lange Jahre leitete Schuh die DG Saar. Als diese im April 2000 mit der Nachbargruppe in Trier fusionierte, wurde er Ehrenvorsitzender der neuen Gruppe. Ein halbes Jahr später war er Gastgeber der BKU-Bundestagung in Mettlach/Saar. Für die Tagung nutzte der ehemalige Landtagsabgeordnete seine Kontakte und warb das halbe Landeskabinett unter Ministerpräsident Peter Müller als Redner.

Anfang März diesen Jahres konnte der Unternehmer als



Saarländer Urgestein: Josef Schuh

Mitinitiator des Saarbrücker Symposiums „Erfolgreiche Innovationen im Bauwesen“ aus dem Munde von Wirtschaftsminister Dr. Hans-Peter Georgi hören, welche Vorbildfunktion er erfülle. Pionierleistungen im Beruf, persönliches und Bürger-Engagement - das 2000 mit dem Bundes-

verdienstkreuz gewürdigt wurde - und Einsatz in die heimatverbundene Kultur sind Meilensteine seines Lebenslaufes.

55 Jahre kreativer Unternehmer- davon 45 „pro Holzbau“: Keine leichte Aufgabe, hier im Telegrammstil einen Lebenslauf nachzuzeichnen: 1959 gründete der Jungunternehmer die „Euro-Farm“, eine Firma, die auf der Basis eines Baukastensystems die Vorfertigung im Holzbau betrieb. Bis zum Jahr 1987 baute Schuh nicht weniger als 6 500 Fertighäuser. Dieser Tage hat er den Vertriebsapparat seines Tragwerksystems HTS einem Mitstreiter übergeben. Er aber, Planer, Visionär, Perfektionist ist heute unentwegt in Osteuropa auf Achse, wo Innovation und bewährte Technik gefordert sind. ■

Das Geheimnis des Karol Wojtyla

Die bemerkenswerte Papst-Biografie von Andreas Englisch

Über viele Jahre war Andreas Englisch Rom-Korrespondent für DIE WELT und die BILD-Zeitung und verschiedene andere deutsche Tageszeitungen. Seit 1995 gehörte er zu den wenigen „Pool-Journalisten“, die den Papst auf seinen zahlreichen Reisen begleiten durften.

So kam er dem Papst sehr nahe und gibt einen faszinierenden Einblick in das Leben und Wirken Johannes Pauls II.. Das Buch ist dabei keine Hofberichterstattung. Seine Tiefe und Glaubwürdigkeit gewinnt es nicht nur durch die spannenden Erzählungen über die Persönlichkeit des verstorbenen



Andreas Englisch: **Johannes Paul II. - Das Geheimnis des Karol Wojtyla**, 4. Auflage 2005, Ullstein, Berlin, 437 Seiten, € 8,95

nen Papstes und dessen Lebensleistung, sondern vor allem dadurch, dass es erzählt und reflektiert, wie sich der Autor vom distanziert kir-

chenkritischen Beobachter zu einem fragenden und suchenden Menschen wandelt.

Am dichtesten sind die Passagen, in denen der Autor schildert, wie der Papst bestimmte Ereignisse als unmittelbare Gotteserfahrungen deutet, und wie dies den zur Distanz verpflichteten Journalisten nicht unberührt lässt. Am Ende steht die Erkenntnis, oder sollte man tatsächlich sagen, das Bekenntnis: Dieser Papst konnte diese gigantische Lebensleistung und den ständigen Kampf mit seinem immer gebrechlicheren Körper nur gewinnen, weil er sich von seinem Gott persönlich gesandt und gestärkt wusste.

Martin J. Wilde

Johannes Paul II zur Sozialethik

Unter dem Titel „Es geht um die Würde des Menschen“ hat BKU-Berater Prof. Dr. Lothar Roos eine kompakte Zusammenschau der Sozialverköndigung des verstorbenen Papstes veröffentlicht. Der Titel akzentuiert den Blickwinkel, nämlich die Bewahrung der Würde der menschlichen Person als zentrales Anliegen des Papstes. Roos arbeitet die Leitgedanken der verschiedenen Sozialenzykliken Johannes Pauls II. heraus und zieht die Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Themen so, dass die roten Linien des Gedankengutes deutlich werden.

Reihe „Kirche und Gesellschaft“ der KSZ Mönchengladbach, www.ksz.de

Mythenzertrümmerer

Ein Quartett schlachtet heilige Kühe - und verhebt sich an den Alternativen

Den ersten Teil des Buchtitels halten die Autoren ein, den zweiten nicht: „Wir kündigen und definieren das Land neu, versprechen Dagmar Deckstein, Peter Felixberger, Michael Gleich und Wolf Lotter in ihrem Werk.“

Mit ihrer Kündigung möchten sie heilige Kühe schlachten: Von A wie Arbeit bis Z wie Zukunft nehmen sie strategische Begriffe ins Visier, beschreiben deren landläufige Deutung und skizzieren dann eigene Visionen dazu. Die Autoren kritisieren, dass „Risiko zum Angstbegriff verlottert ist“. Weil sie selbst allen „falschen Respekt“ verloren haben, nehmen sie nun die „Siegelbewahrer des Alten“ auf's Korn, diese „etablierten Großdenker und Lautsprecher“ und die „machtgeilen Besitzstandwahrer“ im „geistigen Vorruhestand“.



Deckstein u.a.: **Wir kündigen!**, 192 Seiten, € 19,90, Hanser-Verlag, München 2005

Diese kurze Zitatensammlung charakterisiert den Stil des Buches: Die Autoren löcken bewusst wider den Stachel und legen gekonnt die Finger in die Wunden der deutschen Gesellschaft. Dabei berauschen sie sich aber auch an ihrem teilweise gewollt geistreichen Sprachstil.

Während dieses Mythen-

zertrümmern weitgehend nachvollziehbar ist, bleibt der zweite Teil des Anspruchs im Ansatz stecken: Die Neudefinition. Diese bleibt vage und andeutend, oder etwas zu utopisch. So heißt es zum Thema Geld: „Deshalb keine Sorge: Wer kein Geld hat, braucht sich nicht zu grämen. Oder anders ausgedrückt: Erst mit dieser Einstellung werden sie Geld scheffeln, dass es ihnen zu den Ohren herauskommt.“ So einfach ist das... - oder?

Dennoch sind in dem Buch auch gute Ratschläge zu finden, etwa ein bedenkenwerter Ansatz für eine marktwirtschaftliche Lösung im Umweltschutz.

Fazit: Wer keine Angst vor frechen Ideen hat, findet hier eine anregende Attacke auf Reform- und Denkblockaden. Die Lösungen für unsere Probleme sollte er aber woanders suchen. *P. Unterberg*

Investieren in Polen

Die wichtigsten Regelungen im Wirtschafts- Gesellschafts- und Steuerrecht für polnische Unternehmen hat BKU-Mitglied Withold Wollgarten zusammengestellt. Sein Buch wendet sich an deutsche Unternehmer und Manager, die im Nachbarland investiert haben oder dies planen. Wollgarten ist geschäftsführer der WQ Quitmann Wollgarten GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Köln selbst viele Geschäftskontakte in Polen.



Withold Wollgarten: **Investition in Polen nach dem EU-Beitritt**, C.H. Beck Juli 2005, 385 Seiten, € 29,-

Diözesanvorsitzende beraten Jahresthema

Mitgliederwerbung und Juniorenarbeit bilden weitere Schwerpunkte

Man könnte sie auch „Kleinen Parteitag“ nennen, die jährliche Konferenz der Vorsitzenden der BKU-Diözesangruppen. In diesem Juni fand sie in exklusivem Ambiente auf dem Fürst Löwenstein'schen Schloß Kleinheubach bei Miltenberg am Main statt.

Unter Vorsitz des Stuttgarter Diözesanvorsitzenden und Mitglied des BKU-Bundesvorstandes, Prof. Dr. Ernst Hagenmeyer, stand die Diskussion um das Jahresthema 2006 im Mittelpunkt. Nach dem Willen der DG-Vorsitzenden soll es im kommenden Jahr vor allem um Werte und Tugenden im betrieblichen Alltag gehen. Die Bundestagung 2006 soll dann zu dieser Thematik in Magdeburg stattfinden. Voraussichtlicher Termin ist der 13. bis 15. Oktober.

Die Vorsitzenden beschlos-



Arbeitsatmosphäre im Schloss: Die Diözesanvertreter Bernhard Vester (v. re.), Hans Neff, Burkhard Leffers, Horst Spitz, Dr. Stefan Bosewitz, Helmut A. Seibert und Dr. Heribert Zweipfennig.

sen ebenfalls, die seit vergangem Jahr laufende Mitgliederwerbung fortzusetzen, die inzwischen erste Früchte trägt. Das letzte Jahr schloss mit einem positiven Mitglieder saldo ab, und die Tendenz dieses Jahres ist bislang ebenfalls positiv. Sorge bereitet den Diözesangruppen allerdings die Gewinnung neuer junger Mitglieder. Hier sollen neue

Ansätze erarbeitet und vor allem die Juniorenarbeit in den

Diözesangruppen verstärkt werden. *Martin J. Wilde*



Sitzungsleitung: Die Vorstandsmitglieder Dr. Thomas Müller-Kirschbaum (v. li.) und Prof. Dr. Ernst Hagenmeyer sowie die Geschäftsführer Peter Unterberg und Martin J. Wilde.

Nach den Regeln des Heiligen Benedikt

Besinnungstage der DG Rhein/Main und Trier: Besser wirtschaften mit christlichen Grundsätzen

Zu Besinnungstagen trafen sich BKU-Mitglieder der Diözesangruppen Rhein Main, Saar und Trier im April in der Benediktinerabtei Tholey.

Nach der Begrüßung durch Bernhard Vester referierte Hans Neff (beide DG Rhein Main) zum Thema „Führungsgrundsätze und Führungsaufgaben als Basis für erfolgreiches Führungsverhalten“. Als erste Grundsätze gelten Resultatorientierung, Beitrag zum Ganzen,

Konzentration am Wesentlichen und an eigener Stärke; „Touch a heart“ als wichtiger Aufbau von Vertrauen. Das heißt Anteil nehmen und Mitfühlen an persönlichen Schicksalen und so den Menschen in den Vordergrund stellen.

Diese christlichen Grundsätze tragen dann schließlich auch dazu bei, im Wettbewerb besser abzuschneiden.

Im Anschluß an Neffs Vortrag folgte eine lebhaftere Diskussion unter den BKU-Mitgliedern in geselliger Runde.

Der zweite Tag startete mit einem Gottesdienst, den Abt Makarios Hebler OSB zelebrierte. Abt Makarios studierte in Salzburg und Fribourg und lebt seit 1971 in der Abtei Tholey. Seit 1985 steht er der Abtei als Abt vor und ist Mitglied im BKU.

Sein Vortrag „Dienen und Führen als zeitgemäßes Leitmotiv für Führungskräfte in einem Wirtschaftsunternehmen“ zeigte Wege auf, die für manchen zum Umdenken anregten. Denn Führung ist eine Gabe mit Bindung an ethi-

schen Werten.

Eine Besichtigung von Kirche und Kloster am Nachmittag vermittelte den Teilnehmern einen praktischen Eindruck im „ältesten Familienunternehmen.“ Bereits im 6. Jahrhundert verfasste der Heilige Benedikt die Ordensregeln in Montecassino. Sie gelten heute als historisches Beispiel für eine neue Weltkultur.

Jödis Karolin Schnell

Die Benediktsregeln finden Sie im Internet unter www.benediktiner.de/regular/

Es fehlt uns an „Mütterfreundlichkeit“

Beim Sommerempfang der DG Magdeburg beschreibt van Scherpenberg die „Baustelle Sozialstaat“

Die „Baustelle Sozialstaat“ beschrieb Dr. Norman van Scherpenberg beim Sommerempfang der DG Magdeburg.

Der Abbau der Arbeitsplätze in Deutschland ist nicht neu, sondern fand in den vergangenen 50 Jahren kontinuierlich statt, sagte van Scherpenberg. Als Beleg nannte er den Strukturwandel in Landwirtschaft, Bergbau und Textilindustrie. Im Unterschied zu früher werden jedoch heute nicht mehr in gleichem Maße neue Stellen in innovativen Branchen geschaffen, sagte der ehemalige Staatssekretär und MIT-Geschäftsführer.

Für das zentrale Problem auf dem Arbeitsmarkt hält van Scherpenberg die hohe Differenz zwischen Brutto- und

Nettolöhnen. Diese sei der Grund dafür, dass viele potenzielle Jobs brachliegen - etwa in der Kinderbetreuung und in der Bildung. Zur Geburtenkrise sagte er, das zentrale Problem sei nicht die mangelnde Kinderfreundlichkeit in Deutschland sondern der Mangel an „Mütterfreundlichkeit“. Diesen machte er daran fest, dass die fehlenden Angebote zur Kinderbetreuung es den Müttern unmöglich mache, Beruf und Erziehung zu vereinbaren.

Für die Hochschulbildung formulierte er das sozialpolitische Ziel, allen Qualifizierten unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Das sei möglich, wenn die Studierenden ihr Studium als Investition in die eigene Karriere betrach-



Gastgeber und Referent: Andreas H. Schattanik (AEU) und Helmut H. Seibert (BKU) mit Dr. Norman van Scherpenberg Foto: Peter Unterberg

ten. Als „künftig Besserverdienende“ könnten sie dann auch an der Finanzierung dieser Investition beteiligt werden. Dafür möchte er kostendeckende Studiengebühren einführen, für die es standardisierte Darlehen geben sollte, die später abhängig vom Einkommen zurückgezahlt werden.

Zum Sommerempfang laden die Magdeburger Gruppen des BKU und des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU) im jährlichen Wechsel ein. Gastgeber in diesem Jahr war AEU-Sprecher Andreas H. Schattanik, der gemeinsam mit dem Vorsitzenden der DG Magdeburg, Helmut H. Seibert, die Gäste begrüßte.

Die Alternative: Eine Soziale Kapitalwirtschaft

Bei der DG Aachen stellte Hermann Josef Werhahn sein Wirtschaftsmodell vor

BKU-Mitglied Hermann Josef Werhahn hielt am 5. April 2005 vor der DG Aachen ein fulminantes Plädoyer für die „Soziale Kapitalwirtschaft“.

Die Soziale Kapitalwirtschaft sei das genaue Gegenteil der heute vorherrschenden autoritären Kapitalwirtschaft, erklärte Werhahn. „Sie setzt nicht allein die Freiheit, sondern die Selbständigkeit der Bürger voraus, insbesondere der Bürger, die durch richtigen Einsatz der emotionalen Vernunft und des rationalen Verstandes unsere Wirtschaft in Deutschland wie in Europa voranbringen können“.

Aktiva und Passiva sind in seinem Modell nicht etwa Werkzeuge für die organisierte Unverantwortlichkeit, son-



Er stellte seine Alternative zur autoritären Kapitalwirtschaft vor: Wilhelm Werhahn (stehend) bei der DG Aachen.

dern die Verfassung für hunderttausende Charaktergespanne à la Adenauer und Erhard, für Tatkraft und Besonnenheit.

Werhahn sieht den heutigen Mittelstand in der Abhängigkeit der Zahlenwerke des Bankensystems und der vorherrschenden Steuerpolitik. Ein Unternehmer könne aber

nur verantwortlich handeln, wenn er ein ausreichendes Eigenkapital besitze. Dieses beziffert Werhahn mit durchschnittlich 36 Prozent der Bilanzsumme. Dieses Ziel könne nur erreicht werden durch eine mindestens steuerlich gleichberechtigte Verzinsung von Eigen- und Fremdkapital. Bisher wird das Eigenkapital deutlich

schlechter gestellt als das Fremdkapital.

Eine zweite Voraussetzung sei eine 12jährige steuerliche Entlastung des Mittelstandes, bis er die von ihm geforderte Eigenkapitalquote von 36 Prozent erreicht hat. Werhahn wörtlich: „Unter diesen Prämissen lässt sich über regionale Partner-Börsen genügend Eigenkapital zum Aufbau freien, bankenunabhängigen Unternehmertums bewirken mit der positiven Folge, dass nicht mehr das Bedenktragen der Basel-II-Agenten, sondern die positive mentale Einstellung: Es gibt täglich Probleme – packen wir sie an und lösen sie!“

Das Manuskript von Werhahns Vortrag finden Sie im Internet unter www.bischoefliche-akademie-ac.de.

Deutschland nach der EU-Osterweiterung

Michael Fuchs bei der Initiativgruppe Koblenz - Gruppengründung ist fest geplant

Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung ist es Zeit für eine Zwischenbilanz und einen Ausblick über die Europäische Union. Diesen lieferte der Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Fuchs jetzt in der BKU-Initiativgruppe Koblenz.



Dr. Michael Fuchs

Allen Ängsten zum Trotz exportiert Deutschland mehr Waren in die neuen EU-Mitgliedsstaaten, als es von dort importiert, sagte Fuchs. Dennoch seien die Ängste der Deutschen um ihre Arbeitsplätze nicht ganz aus der Luft gegriffen: So erhalte eine vierköpfige deutsche Familie das dreifache dessen an Sozialhilfe, was ein polnischer Arbeiter verdient. Das locke natürlich

zahlreiche polnische Arbeitnehmer nach Deutschland. Zwar gebe es zahlreiche Übergangsregeln, die dies noch einige Jahre bremsen werden, sagte Fuchs. Dennoch dürften Freiberufler aus Polen schon heute in Deutschland aktiv werden. Dies habe etwa zur Folge, dass seit der EU-Osterweiterung allein im Bezirk der

IHK Köln mehr als 100 neue Fliesenlegerbetriebe angemeldet wurden, die jetzt die etablierten Handwerkern Konkurrenz machen.

„Das ist die zweite Wiedervereinigung, an der Deutschland teilnimmt“, sagte Fuchs. Diese werde zwar Frieden und Wohlstand bringen, aber auch viele „Müde“ aufwecken.

Fuchs mahnte die Europapolitiker, die Bevölkerung nicht zu überfordern. Während die Menschen noch die letzte EU-Erweiterung verdauten, redeten die Politiker schon von der Aufnahme der Türkei. Dies Schüre Ängste, die er als wichtigen Grund für die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und Holland wertete.



Michal Scheidgen (v.li), Dietmar Heger, Adolf Becker-Flügel, Dr. Heribert Zweipfennig und Bernd Molzberger (nicht im Bild) arbeiten am Aufbau einer neuen DG in Koblenz.

Fotos: Peter Unterberg

Innovationen aus Stein

DG Köln besuchte die Firma Metten

Wer im Wettbewerb erfolgreich sein will, muss sich von den Konkurrenten deutlich absetzen oder einen „verdammten tiefen Preis“ haben. Von dieser Regel ließen sich das Ehepaar Hildegard und Hans-Josef Metten bei der Ausrichtung ihres Unternehmens leiten.

Da sie den Kampf über den Preis nicht mitmachen wollten, haben sie sich auf das spezialisiert, was ihnen liegt: Die Herstellung hochveredelter

Betonsteine im bergischen Overrath. Das berichteten die beiden BKU-Mitglieder jetzt bei einem Besuch der DG Köln.

Die Firma kommt dem Wunsch vieler Eigenheimbesitzer entgegen, ihren Eingangsbereich als „Visitenkarte des Hauses“ individuell zu gestalten. Passend dazu hat sich Metten einen (Paradies-) Apfel als Firmenlogo ausgesucht - nach dem Motto „Mein Garten, mein Paradies“. Im öffentlichen Bereich behauptet sich Metten mit „High-Tech-Pflastersteinen“, auf denen weder Kaugummis noch Dreck haften.

Innovativ ist auch der Umgang im Betrieb: „Besondere Leistungen können nur in einem besonderen Klima gedeihen“, weiß Metten und hat mit den „Menschen im Betrieb“ eine eigene Firmenphilosophie entwickelt.



Setzt sich bewusst vom Billigsegment ab: Hans-Josef Metten.

Auf dem Dach des Doms



Die Gruppe der BKU-Mitglieder bei ihrem Ausflug „aufs Dach“ des Kölner Doms am 7. Mai 2005. Der Mut und die Neugier wurden mit wunderbaren Ausblicken belohnt. Was von unten geahnt werden kann, wird auf Augenhöhe zum Beweis der Liebe zum Detail. Sehr empfehlenswert! (en)

300 Ein-Euro-Jobs für Köln

300 „Integrationsjobs“ soll die gemeinnützige GmbH Allerhand noch in diesem Jahr in Köln anbieten. Diese Ein-Euro-Jobs böten den Betroffenen für eine gewisse Zeit einen Einblick in die betriebliche Wirklichkeit und damit „die beste Therapie“, sagte Allerhand-Geschäftsführer Thomas Inden jetzt bei einem Mittagstisch der DG Köln. Entschieden



Jobvermittler: Thomas Inden

sei jedoch die Frage, ob anschließend eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt gelinge.

Kontinuität in der Hauptstadt-Diözesangruppe

Stabwechsel: Wolfgang Klose übergibt den DG-Vorsitz an Norbert Jöris

Dank des Zusammenspiels des scheidenden und des neuen Vorsitzenden vollzogen die Mitglieder kürzlich einen harmonischen Wechsel in der Leitung der DG Berlin.

Wolfgang Klose, seit Oktober 1999 BKU-Vorsitzender in Berlin, hatte rechtzeitig sein Ausscheiden vom Vorsitz kundgetan, und sein bisheriger Stellvertreter, Norbert Jöris, vorab seine Bereitschaft, den Vorsitz zu übernehmen. So oblag es Jöris, Wolfgang Klose unter anhaltendem Beifall der Mitglieder Dank zu sagen für sechs erfolgreiche Jahre.

Der Umzug von Parlament und Regierung fällt ebenso in diese Zeit wie die BKU-Bundestagung 2001, die einen bis heute unerreichten Teil-



Das Berliner „Dream-Team“: Gruhn (v.li.), Jöris, Klose, Krieger, Völz, Breitenaler und Rheinbay.

nehmerrekord aufstellte. Die finanzielle Krise des Erzbistums Berlin war für die DG Berlin zwar wenig erfreulich. Auf Initiative Kloses erarbeitete die Gruppe auf der Grundlage zahlreicher Gespräche mit Kardinal Georg Sterzinskiy und dem Generalvikar ein Positionspapier mit wichtigen Vorschlägen zur Überwindung der Finanzkrise. Diese Aktion

und Kloses Engagement haben das Gewicht des BKU im Erzbistum Berlin gestärkt. Ein Ergebnis der Anerkennung: Der BKU erhielt bei der Neukonstituierung des Diözesanrates einen zweiten Sitz.

Die gewachsene Bedeutung als „Hauptstadt-Diözesangruppe“ konnte Klose mit der Gestaltung der nun etablierten Sommerempfangs-

des Bundesvorstandes und der DG Berlin ebenso unter Beweis stellen wie durch die Übernahme wichtiger Termine für den Bundesvorstand.

Nach dieser Würdigung wurde Norbert Jöris überzeugend zum Vorsitzenden gewählt. Die wiedergewählten Stellvertreter Fritz Breitenhaller und Martin Völz sowie die neugewählten Stellvertreter Dr. Jan Krieger und Dr. Georg Rheinbay bilden mit dem neuen Vorsitzenden und mit Pressesprecher Martin Lambert das neue „Dream-Team“ (Klose) der Hauptstadtgruppe.

Dank galt auch Wolfgang Gruhn, der lange Jahre im Diözesanrat die BKU-Fahne hochgehalten hat. In diesem Gremium wird der Berliner BKU gemeinsam vom bisherigen und neuen Vorsitzenden vertreten. *Martin Lambert*

Für Krankenhäuser endet die Planwirtschaft

Klinikchef Molzberger berichtet der DG Trier, wie sein Haus auf den Markt reagiert

Die „planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“, die für deutsche Krankenhäuser jahrzehntelang galten, lösen sich zunehmend auf.. Das sagte der Geschäftsführer der Klinikgruppe Marienhaus GmbH in Waldbreitbach, Bernd Molzberger, jetzt bei einem Besuch der DG Trier.

Gleichzeitig gelten auf dem Gesundheitsmarkt zunehmend die Gesetze des Marktes, berichtete Molzberger. Wie katholische Krankenhäuser mit dieser neuen Situation umgehen, war Inhalt seines Vortrages.

Demnach stand die Krankenhausfinanzierung früher auf zwei Beinen. Für die laufenden Kosten wurde pro Lie-



Gesprächsrunde in Trier: DG-Vorstand Dominicus Rohde (v.li.), Referent Bernd Molzberger, Gastgeber Udo Klinkhammer von der Pax-Bank Trier und Ehrenvorstand Josef Schuh.

Foto Peter Unterberg

getag ein fester Pflegesatz gezahlt, für die Investitionen gab es Landesmittel. Dieses System wurde mittlerweile auf Fallpauschalen umgestellt: Dabei erhalten die Kliniken

beispielsweise für eine Blindarmoperation eine feste Geldsumme - egal wie lange der Patient im Krankenhaus liegt. Gleichzeitig steigt der Kostendruck.

In diesem neuen System müssen sich die Krankenhäuser zunehmend als Wirtschaftsunter-

nehmen begreifen. Folglich haben sie begonnen, ihre Betriebsabläufe und ihre Position am Markt durch die Brille von Unternehmensberatern zu sehen. "Dazu zählt etwa das Ko-

stenmanagement in der gesamten Krankenhauswertkette", sagte Molzberger. So werde systematisch jede Station beleuchtet, die ein Patient von der Aufnahme bis zur Entlassung passiere.

Gleichzeitig untersuchen die Kliniken, wie sie sich von der Konkurrenz abheben können: Das beginnt mit der technischen Ausstattung, geht weiter mit der Verweildauer und schließt auch die Qualität des Pflegepersonals mit ein. An dieser Stelle sieht Molzberger einen deutlichen Vorteil der katholischen Häuser: In Umfragen geben die Patienten durchwegs an, dass sie bei Schwestern und Pflegern in guten Händen wussten und auch menschlich gut betreut wurden.

Stellenmarkt

Vertriebsprofi

Projekt, fach- und führungs erfahren im Investitions- und Konsumgüterbereich. Kernkompetenz als Key Account Manager und Mann vor Ort, der Ihr Unternehmen repräsentiert. 40 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder und katholisch engagiert. Rheinländer, ortsgebunden und reisebereit. Nach vielschichtig erworbenen Kenntnissen in unterschiedlichen Funktionen namhafter Unternehmen suche ich nun die Möglichkeit, mich langfristig in einem auf Basis katholischer Werte geführten Unternehmen in hohem Maße zu engagieren. Aus persönlicher Überzeugung spreche ich insbesondere inhabergeführte Familienbetriebe an, welche einen hochmotivierten Verkäufer suchen. Kontakt über die BKU-Geschäftsstelle, Tel. 02 21 / 2 72 370

Gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann

Lebensmittelbranche (Abschlussnote 2), 33 Jahre, spätere Tätigkeit als Key Account Manager und Consultant in der Telekommunikation im Bereich Breitbandnetze, Kundensupport und Kundenservice. Leider betriebsbedingt gekündigt sucht ab 1.8.2005 beruflichen Wiedereinstieg (Möglichst Raum Ostwestfalen. bzw. PLZ 4 und 3). Kenntnisse im Bereich Organisation, Vertrieb, Kundenservice, Consulting Kontaktaufnahme bitte über die BKU-Geschäftsstelle, Tel. 02 21 / 2 72 370

Einkehrtage in Neresheim



Unter dem Thema: „Spiritualität christlicher Weltverantwortung“ befassten sich die Teilnehmer der diesjährigen Einkehrtage in Neresheim mit der 40 Jahre alten Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“. Besondere Aktualität bekam das Thema durch die Wahl des damaligen Konzilsberaters Joseph Ratzinger zum Papst. Unter Leitung von Prof. Dr. Lothar Roos diskutierten die rund 20 Teilnehmer durchwegs bis in die Nacht hinein. Auf dem Rahmenprogramm stand unter anderem eine kleine Wallfahrt zu der Kapelle Maria Schuh.

Foto: Hagenmeyer

Aachen: Herr lehre uns beten!

Monsignore Helmut Poqué überraschte die Teilnehmer der diesjährigen Einkehrtage der DG Aachen mit dem Hinweis, dass unter dem Stichwort „Beten“ im Internet eine große Vielfalt an Möglichkeiten angeboten wird, sich über das Beten zu informieren, so unter www.einfachbeten.de oder www.beten-online.de.

Der Ursprung des Gebetes ist das Gefühl des Menschen, hilflos zu sein, erklärte der Regens. Er spürt aber, dass es einen gibt, der helfen und schützen kann. Beim Beten geht es letztendlich immer um den Menschen, nie um Sachen. Selbst bei der Segnung von Kriegsgerät wird Gott gebeten, die Menschen am Gerät zu beschützen. Leider erlebte nur ein verschworener kleiner Kreis diesen sehr dichten Nachmittag. Dr. W. Rüsges

Neue Mitglieder

Vollmitgliedschaft

Barschel, Dr. Eike

Unternehmensberatung Magdeburg

Breithaupt, Andreas

Inhaber des Architekturbüros Breithaupt

Conrad, Franz-Josef

Senior-Berater der Deutsche Bank AG, Bonn

Darius, Jürgen

Inhaber der Darius Elektronik Sicherheits- und Kommunikationstechnik, Magdeburg

Driescher, Reinhard

Geschäftsführer des Fachverbandes Elektro- und Informationstechnik, Frankfurt

Eibel, Wolfgang

Seniorpartner der Anwaltskanzlei Eibel & Partner, Detmold

Eiter, Robert

Rentner, Köln **Fender, Paul**
Inhaber der Training Paul Fender, Göttingen

Gerwin, Hans

Geschäftsführer der Gerwin GmbH & Co. KG Hotel- und Gaststätteneinrichtung, Alfhäusen

Grooterhorst, Dr. Johannes

Rechtsanwalt, Düsseldorf

Henn, Rudi

Inhaber der Bauunternehmung Henn, Simmerath

Hölscher, Matthias

Inhaber der Firma Heinrich Hölscher

Josten, Wilhelm

Geschäftsf. Gesellschafter der Josten Handel + Franchise GmbH & Co. KG, Köln

Kapp, Helena

Betriebsleiterin der Firma „Die Buchbinderei – Franz Kapp GmbH“, Dettingen

Koch-Joisten, Dr. Petra

Geschäftsführerin der Joisten Fachgroßhandel für Elektrotechnik GmbH KG, Bergheim

Kranz, Michael

stv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn

Laeis, Christoph E.M.

Geschäftsführer der Design & Werbung Studio Laeis, Köln

Molzberger, Dr. Klaus D.

Manager Finanzdienstleistungen der Unisys Deutschland GmbH, Sulzbach

Ortmanns, Wilhelm

geschäftsf. Gesellschafter der Ortmanns GmbH, Rommerskirchen

Reichhart, Markus,

Inhaber des Optikergeschäftes Reichardt, Ingolstadt

Schrader, Dr. Manfred

ehemals Lufthansa, Köln

Schulte, Dr. Martin

Partner der internat. Anwaltskanzlei DLA Piper, Rudnick Gray und Cary, Köln

Schweinsberg, Dr. Klaus

Chefredakteur Impulse, Köln

Viegner, Walter,

Geschäftsführer der Viega GmbH & Co. KG, Attendorn

Willecke, Clemens

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bergisch Gladbach

Wulff, Dr. Christian

Prokurist der Pricewaterhouse Coopers, Frankfurt Urbar

Juniormitglieder

Brüning, Andree

anders.beraten. Herzogenrath

Mayerhöfer, Jan,

Geschäftsführer der mayerhöfer & Co. GmbH

Pätzold, Jens,

Rechtsberatung, Bad Homburg

Übernahme der Firmenmitgliedschaft

von Herrn Marco Bechtoldt an

Patrick Koch, Berater der Lische Erste Consulting GmbH, Hamburg

Wenn der Sozialstaat weh tut

Eigenverantwortung und Unterstützung: Eine Podiumsdiskussion in Düsseldorf

Am 29. April veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung in Düsseldorf eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wenn der Sozialstaat wehtut“.

Für Ursula Nothelle-Wildfeuer, Professorin am Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre an der Universität Freiburg, macht die Spannung zwischen Solidarität und Subsidiarität das Grundverständnis des Sozialstaats aus. Der Sozialstaat tue weh, wenn er gegen soziale Gerechtigkeit verstoße. Hierunter verstand sie nicht nur „Verteilungsge-

rechtigkeit“, sondern auch „Beteiligungsgerechtigkeit“ im Erwerbsleben. Der Sozial-

Prof. Ursula Nothelle-Wildfeuer

staat tue weh, weil Langzeitarbeitslose nicht mehr die Möglichkeit hätten, an Aus- und Weiterbildung zu partizipieren. Es sei ein Verstoß gegen Solidarität und Subsidiarität, wenn Menschen viel Eigenverantwortung aufbringen müssen, aber nicht ge-



nügend unterstützt würden.

Die Vorsitzende der DG Düsseldorf, Maria Fischer hat als weltweit tätige Unternehmerin einen Blick von außen auf Deutschland. Weh tue es denjenigen, die keine Sicherheit mehr spürten, die sie vorher gehabt hätten, sagte sie. Vor den Reformen im deutschen Sozialsystem habe es eine „Sicherheitsgarantie“ des Staates gegeben. Wenn man sehe, dass



Maria Fischer

in Tschechien Arbeitsplätze entstünden, die in Deutschland abgebaut werden, sei dies nicht automatisch negativ, sondern für die Tschechen ein Grund zur Freude. Als Vorbild stellte Fischer Schweden dar, wo es die Verbindung zwischen der Entlohnung und der sozialen Sicherung des Arbeitnehmers nicht mehr gibt. Hier gebe es weniger Kündigungsschutz, als in Deutschland, und eine sehr viel höhere Beschäftigung. Es gehe nicht nur um Abbau, sondern es gehe darum Kräfte in Deutschland, unternehmerische Potenz, wieder zu wecken.

Christian Dick

Aktuelle Termine

Juli

- 12.07.** DG Düsseldorf: 18.30 Uhr, Vortrag Dr. Jannott „Corporate Citizenship“, Viktoria-Versicherung Düsseldorf, Viktoriaplatz 1
- 13.07.** DG Hildesheim: 18.00 Uhr, Informationen zum BKU und Vortrag „Der Wert der Arbeit“ St. Clemenshaus Hannover
- 18.07.** DG Aschaffenburg: 14.30 Uhr, Betriebsbesichtigung mit den Dekanata-Geistlichen, bei der Firma Oelze Präzisions-Messzeugfabrik GmbH, Aschaffenburg-Obernau
- 19.07.** DG Regensburg: 19.30 Uhr, Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Walter Bamberg: Lichttechnische Gestaltungsmöglichkeiten bei Monumentalbauten am Beispiel der Frauenkirche zu Dresden und des Domes zu Regensburg
- 20.07.** DG Regensburg: 12.30 Uhr Mittagstisch in der Gaststätte Federico Secondo, Deichgasse 1
- 25.07.** DG München: Hotel Platzl, Vortrag und Diskussion

August

- 02.08.** DG Köln: 18.30 Uhr Klinikkirche St. Johannes der Täufer, Joseph-Stelzmann-Str. 9, Köln gemeinsame Hl. Messe der BKU Me-

- dioren und Junioren
- 04.08.** DG Erfurt: 19.30 Uhr Jour Fixe
- 25.08.** DG Rhein/Main: 19.30 Uhr: Sommertreff im Schloss-Biergarten, Bad-Homburg
- 26.08.** DG Regensburg, 16.00 Uhr Sommertreffen Benediktinerabtei Rohr

September

- 01.09.** DG Erfurt: 19.30 Uhr, „Sommerempfang“ auf der Domempore
- 06.09.** DG Aachen: Berger: Gründerregion Aachen ACQuadrat, in der Bischöfl. Akademie Aachen
- 07.09.** DG Hamburg: 19.30 Uhr, Vortrag im Hafen-Klub Hamburg
- 07.09.** DG Stuttgart: 19.00 Uhr Beteiligung an Erbrechtsveranstaltung des örtlichen CV-Zirkels unter Josef Nienhaus, Hotel Sautter, Stuttgart-West, Johannesstr. 28
- 07.09.** DG Erfurt: 18.00 Uhr, Treffen mit christlichen Verbänden
- 08.09.** 19.00 Uhr BKU-Sommerempfang in Berlin, Festvortrag von Dr. Angela Merkel (MdB): Unternehmergeist für die Bürgergesellschaft
- 08.09.** DG-Rhein-Main: 18.30 Uhr,

- Vortrag Dr. Stefan Steiff: Wirtschaftsethische Betrachtungen
- 12.09.** DG Düsseldorf: 18.00 Uhr Vortrag Prof. Dr. André Habisch: Corporate Citizenship
- 13.09.** DG Köln: 12.00 - 14.30 Uhr, Mittagstisch mit Thomas Schiffelmann: „Ethische Investments“, Hotel Kolping International, Köln
- 19.09.** DG München: 18.00 Uhr, Hotel Platzl, Vortrag E. Händeler: „Die Geschichte der Zukunft – Sozialverhalten heute und der Wohlstand von morgen“ (Kontratieffs Globalsicht)
- 20.09.** DG Saar/Trier: Jour Fixe
- 21.09.** DG Regensburg: 12.30 Uhr Mittagstisch in der Gaststätte Federico Secondo, Deichgasse 1
- 22.09.** DG Rhein-Main: 19.00 Uhr, Podiumsveranstaltung mit KED und KEG zum Thema Alkopops
- 22.- 25.9.** DG Regensburg: Reise nach Wien
- 23.09.** DG Leipzig: 12.00 Uhr Mittagstisch im Café Paul, Otto-Schill-Str.
- 24.09.** DG Stuttgart: 10.00 Uhr, Klausurtagung im Raum Heilbronn

Oktober

- 04.10.** DG Köln: 18.30 Uhr Klinikkirche St. Johannes

- der Täufer, Joseph-Stelzmann-Str. 9, Köln, gemeinsame Hl. Messe der BKU-Medioren und Junioren
- 05.10.** DG Stuttgart: 18.30 Uhr, Vortrag Manfred Maus „Werte in der Wirtschaft“ in der IHK Ulm
- 05.10.** DG Aschaffenburg/DG Würzburg: 18.30 Uhr, Begegnung auf der Karlshöhe mit Bischof Dr. Hofmann
- 06.10.** DG Erfurt: 19.30 Uhr, Jour Fixe
- 11.10.** DG Freiburg: 12.15 Uhr - 14.30 Uhr, Mittagstisch, Zunftstube im Stadthotel Kolping, Karlstr. 7, Freiburg
- 18.10.** DG Köln: 12.00 - 14.30 Uhr, Mittagstisch mit Dr. Dominik Schwaderlapp, zum Thema „Zukunft heute“, Hotel Kolping International, Köln
- 20.10.** DG Würzburg: 19.00 Uhr, Betriebsbesichtigung Edeka
- 20.10.** DG Aschaffenburg: 19.00 Uhr, Vortrag B. Oswald: Gedanken eines Unternehmers zur Lage in Deutschland
- 21.-23.10.** BKU-Bundestagung in Ingolstadt, Thema: Unternehmergeist für die Bürgergesellschaft
- 13.-15.11.** Exkursion „Wirtschaftsmetropole Frankfurt“ der BKU-Junioren mit dem Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses

Pischetsrieder: Erfolg und Verantwortung

350 Teilnehmer kamen zu den Frauenwörther Gesprächen der bayerischen BKU-Gruppen

Prominenter Gast: Bei den achten „Frauenwörther Gesprächen“ der bayerischen BKU-Gruppen und des Wirtschaftsbeirat Bayerns trat im Juni der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Dr. Bernd Pischetsrieder auf. Sein Thema: „Wirtschaftlicher Egoismus oder soziale Unternehmensverantwortung in einer globalisierten Welt“.

von Anton Hötzelberger

Mit einem Widerspruch begann Bernd Pischetsrieder seine Ausführungen, als er sagte: „Wir leben über unsere Verhältnisse, weil wir uns etwas leisten können, weil es sich andere nicht leisten können“. An der nicht kapitalgedeckten Altersversorgung und anderen Beispielen machte Pischetsrieder deutlich, dass es manche Schief lagen gibt. „In den USA gibt es bei Bewerbungsgesprächen keine Altersangabe, in



Der Münchener BKU-Vorsitzende Helmut Linnenbrink mit Priorin Benedikta Frick.



Dr. Bernd Pischetsrieder (re) mit Adolf Dingreiter vom Wirtschaftsbeirat Rosenheim

Fotos: Hötzelberger

Deutschland wird man viel zu schnell altersmäßig ausgemustert“, sagte der Referent, der wirtschaftlichem Egoismus keine positive Nachhaltigkeit bescheinigte.

Soziale Verantwortung darf keine Salbe sein

Die soziale Verantwortung dürfe keine kosmetische Salbe sein, um das Antlitz des Kapitalismus zu verschönern. Ob global, national oder regional-wirtschaftlicher Erfolg kann die wirksamste Art sozialer Verantwortung sein. „Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfen keine Gegensätze sein, aber eine Sozialpolitik, die ökonomischer Unsinn ist, untergräbt das eigene Fundament“, meinte Pischetsrieder.

Leider gebe es keine gemeinsamen Spielregeln von nationalen Gesetzgebern und von den Staatengemeinschaften,

so dass der von Bundespräsident Horst Köhler geschaffene Satz „Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu schaffen, aber das Spiel machen die Bürger“ nicht immer Gültigkeit hat. „Die Schaffung von Mehrwert im Ausland ist gerade für ein Land wie Deutschland, dessen wichtigste Rohstoffe Wissen und Leistungsfähigkeiten sind, von besonderer Bedeutung“, sagte Pischetsrieder weiter.

Die Nonnen fahren nur VW

Die Eröffnung der „Frauenwörther Gespräche“ nahmen Helmut Linnenbrink als Mitglied des Präsidiums des Wirtschaftsrates Bayern und als Diözesanvorsitzender des BKU sowie Priorin Benedikta Frick von Frauenchiemsee vor. Die Priorin sorgte für Heiter-

keit, als sie mit Blick auf den Referenten des Tages sagte: „Seit Jahrzehnten werden in unserem Kloster nur VW-Autos gefahren“. Unter den gut 350 Tagungsteilnehmern waren auch der ehemalige bayerische Finanzminister Gerold Tandler, der ehemalige bayerische Staatssekretär Alfred Bayer, Dr. Alfred Pfeiffer, der Ehrenvorsitzende des Wirtschaftsrates Bayern, Cornelius Fetsch als Ehrenvorsitzender des BKU und Alt-Äbtissin Domitilla Veith.

Fester Bestandteil der „Frauenwörther Gespräche“ ist eine Heilige Messe. Diese wurde im Münster von Pater Eugen Hillegass, dem Geistlichen Berater der Diözesangruppe München, mit der Insel-Geistlichkeit zelebriert. Den Abschluss fand die BKU-Tagung mit einem geselligen Abendessen beim Klosterwirt auf der Fraueninsel. ■